Antifaschistisches
INFO 20
BLATT
20a • November/Dezember 1992 • 3,50 DM

Deutschland 1992

Kabarettist Dietrich Kittner telefonierte mit Bundes- und Landesbehörden: Wie sicher bin ich als Ausländer in meinem geplanten Urlaub in Rostock?

Pressestelle Bundeskanzleramt, Herr Gärtner:

»Aber natürlich! Ausländerfeindlichkeit gibt es bei uns nicht in diesem Maße. Es ist eben nur so, daß unsere Bevölkerung sauer ist auf diese Asylbewerber, diese Wirtschaftsflüchtlinge ... Also, es geht nur gegen die.«

Ich habe in der Zeitung von einem Bus dänischer Pfadfinder gelesen, die angegriffen wurden. Zwei Kinder liegen jetzt im Krankenhaus ...«

»Davon weiß ich nichts. Es geht nur um Wirtschaftsflüchtlinge ... Die Bevölkerung ist in den neuen Bundesländern eben etwas sauer – nach dem langen Druck und jetzt das!«

Dann gibt es Ausländerhaß also nur in den östlichen ...?

»Ja, natürlich. Die haben den langen Druck hinter sich.«

Aber ich habe gehört, daß auch in den alten Bundesländern ...

»Unfug. Da gibt es überhaupt keine Ausländerfeindlichkeit.«

Ich habe aber von sieben Todesopfern gelesen seit Januar, und Hünxe ...

»Das mag wohl mal gewesen sein. Aber heute ...«



Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen

Diesmal standen wir wieder vor dem Problem, daß wir zu viele Artikel hatten. Besonders erschwerend kam dieses Mal der Umstand dazu, daß wir vollständig in die Rostock-Vorbereitung eingebunden waren und über diese Thema möglichst allumfassend berichten wollten, besonders über die Hintergründe und Drathzieher der Gewalt. Wir haben 3 Wochen lang immer wieder von neuem über diesen Artikelkomplex diskutiert, da ständig neue Erkenntnisse vorlagen und diese natürlich mit verarbeitet werden mußten. Deswegen dauerte alles noch länger und wurde noch mehr.

Wir haben uns zu dem Experiment entschieden, zwei gleichberechtigte Ausgaben zeitgleich heraus zu bringen. Also kein INFO mit Sonderbeilage sondern die Inhalte sind möglichst gleichmäßig verteilt. Das ist ein fieser Trick von uns, damit Ihr möglichst beide Ausgaben kaufen müßt (Beschwerden bitte in schriftlicher Form an unsere Adresse).

In der Ausgabe 20a liegt der Schwerpunkt auf den Ereignissen in Rostock und der Welle der rassistischen Gewalt, die die BRD überzieht. Es wird versucht, Drahtzieher und Hintergründe zu benennen. Eine Chronologie der Ereignisse ist enthalten und ein sehr guter Redebeitrag abgedruckt. Zur Einschätzung kommt der Versuch, aufzuzeigen, wie es jetzt mit der Antifa eventuell weiter gehen kann.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der 9. November. Ein Artikel befaßt sich mit dem Pogrom 1938, ein weiterer mit dem geplanten internationalen Aktionstag 1992.

Anläßlich des erwarteten Nazi-Aufmarsches in Halbe am 15. November drucken wir einen Aufruf mit Hintergrundberichten ab.

In der Ausgabe 20b liegt der Schwerpunkt bei der faschistischen Organisierung. Da sind in letzter Zeit ziemlich zeitgleich in verschiedenen Städten sogenannte »ANTI-Antifa« Gruppen gebildet worden. Sie gehen mit ihrer Propaganda massiv an die Öffentlichkeit.

Charakterisieren tuen wir den selbsternannten Führer der GdNF-Nazis, B. E. Althans. Der Eindruck, daß er weniger intellektuell als vielmehr nervlich fertig und ziemlich am Boden ist, hat sich dabei bestätigt.

Weiterhin berichten wir über eine fast vergessene Nazi-Partei, die Nationale Alternative. Teile des Materials, welches bei einem Besuch des Berliner NA-Büros von Antifas vollständig beschlagnahmt wurde, sind uns zugesannt worden und wir wollen die interessanten Sachen daraus unseren LeserInnen nicht vorenthalten.

Vorgestellt wird die Kampagne »Stoppt die Nazi-Zeitungen«, was eine Aufforderung sein soll, sich daran zu beteiligen. Berichte von der »Wunsiedel-Demo«, die in diesem Jahr für die Faschos in Rudolstadt und für die Antifas in Hof stattfand, sind ebenso enthalten wie mehrere kurze Berichte über verschiedene Nazi-Aktivitäten und antifaschistische Aktionen.

Im Hinblick auf den europaweiten antifaschistischen Aktionstag (siehe Info 20a) skizzieren wir die Situation der Faschisten in verschiedenen Ländern. Ausführlichere Berichte aus Kurdistan, wo die türkische Armee einen beispiellosen Terror gegen die Zivilbevölkerung ausübt und aus Schweden.

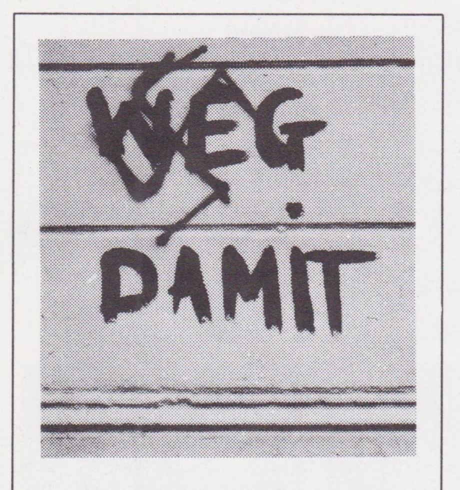
Eure Info-Redaktion

Wir stecken in einer Misere:

Jedesmal, wenn die Erstellung der neuen Nummer beginnt, stellen wir fest, daß wir zu viel geschrieben haben. Dies könnten wir dadurch verändern, daß das Info öfter erscheint. Wir haben darüber schon mindestens fünf mal diskutiert und uns ebenso oft die Realisierung vorgenommen. Dem steht aber, außer unserer schlampigen Arbeitsweise, ein weiteres Problem entgegen. Für unsere Auflagenhöhe haben wir zu wenig AbonnentInnen. Der Großteil der Infos verkauft sich erst über einen längeren Zeitraum. Eine Senkung der Auflage würde den Einzelpreis automatisch erhöhen. Das wollen wir nicht.

Wer es für wichtig hält, daß das Antifa-Info regelmäßiger (z.B. alle zwei Monate) erscheint, kann dies durch sein Abo – besser noch durch ein Förderabo – oder eine Spende unterstützen.

Außerdem müssen wir uns zur technischen Erstellung einen neuen Computer anschaffen. Der alte gibt seinen Geist auf.



Antifaschistisches Infoblatt
Nr. 20b, Nov./Dez. 1992
V.i.S.d.P. und Kontaktadresse
L. Meyer
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61

Abobestellung

An das Antifa-Info

Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

Ich möchte das Antifa-Infoblatt im Abonnement für fünf Ausgaben zu DM 30,– (incl. Versandkosten) beziehen. Das Abonnement verlängert sich nicht automatisch.

Bitte sendet mir ab Ausgabe Nr. ______ die weiteren folgenden fünf Ausgaben an die Adresse:

Den Betrag von DM ______ habe ich bar/als Scheck beigelegt.

Für ein Förderabo bekommt Ihr DM ______.

Bitte schickt mir folgende alte Ausgaben (DM 5.– incl. Versandkosten ab Ausgabe Nr. 13; für ausgegangene Nummern Kopierkosten plus Versand)

(Index und Preise erhaltet Ihr auf Anfrage.)

Den Betrag von DM ______ habe ich bar/als Scheck beigelegt.

Info 20a/b

Aus dem Inhalt

BERICHTIGUNG

Im letzten Info sind uns zwei Fehler unterlaufen. Thomas Wulf ist der Mann mit der Schirmmütze (Bild Seite 37). Auf Seite 53 haben die DruckerInnen vergessen, ein Foto einzumontieren. Ihr findet es auf Seite 31 (Info Nr. 20b).

Das Antifa-Info im Abonnement

Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonnement zu beziehen. Dies geht folgendermaßen: Ihr schreibt uns, ab welcher Ausgabe ihr das Info beziehen wollt und an welche Adresse die Hefte gehen sollen. Dazu könnt Ihr den Bestellvordruck verwenden. Wenn ihr uns den schickt und die passende Knete gleich in den Briefumschlag steckt, kann eigentlich nichts mehr schiefgehen.

Ist Euch das mit dem Bargeld zu unsicher, legt einen Scheck bei. Solltet ihr das Geld lieber überweisen wollen, so ist auch das kein Problem: Wir teilen Euch auf Anfrage mit, wohin die Knete überwiesen werden kann. Wenn Ihr das Geld überweist, unbedingt die Versandadresse mit angeben. Noch eins: Wir schicken nur noch Abos raus, wenn sie bezahlt sind – also Cash im Voraus.

Ein Einzelabo umfaßt fünf Ausgaben und kostet 30,– DM. Die Versandkosten sind darin bereits enthalten. Die Abos werden nicht automatisch verlängert. Über Förderabos für 40.– DM oder mehr freuen wir uns riesig. Ihr unterstützt damit die Antifa-Arbeit und das Erscheinen des Infos.

Für Menschen, die mehr als fünf Exemplare pro Nummer bestellen, für WeiterverkäuferInnen, Info- und Buchläden gibt es bessere Konditionen, also Rabatt: Ab fünf Exemplaren kostet die Nummer 4,– DM (incl. Porto), ab zehn Nummern nur noch 3,20 DM, plus Versandkosten.



Brandstifter mit Schlips und Kragen

Wenn wir die Vorgänge um das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen näher untersuchen, so wird deutlich, daß sowohl die Angriffe als auch die Folgen erwünscht waren. Die TäterInnen waren Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker, höhere Polizeidienststellen sowie organisierte Neonazis und aufgehetzte AnwohnerInnen. Es bleibt eigentlich nur die Frage offen, ob es unter den Beteiligten eine direkte Absprache gab oder ob es sich um ein »freies« Zusammenspiel der reaktionären Kräfte handelte.



Dem Pogrom in Hoyerswerda im letzten Jahr folgte eine bis dahin beispiellose Welle von Angriffen auf Flüchtlinge, ImmigrantInnen und Linke. Mit ihrem Verhalten zu dem Pogrom von Rostock gossen die verantwortlichen PolitikerInnen nun Öl auf das Feuer der organisierten NeofaschistInnen und der mit ihnen sympathisierenden RassistInnen. Während hunderte von Neonazis und Jugendlichen unter dem Applaus tausender Bürger und Bürgerinnen tagelang die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZASt) attackierten, sorgten Polizei und PolitikerInnen dafür, daß die Angriffe ein »voller Erfolg« wurden. Damit war der Startschuß für eine weitere und noch größere Welle von Anschlägen und Mordversuchen gegen Flüchtlinge im ganzen Land gegeben.

Hoffnung auf Auschwung verloren

Die soziale und wirtschaftliche Situation in Mecklenburg-Vorpommern – es ist das Land mit der höchsten Arbeitslosenrate – entspricht so ziemlich der in allen neuen Bundesländern. Sie ist hoffnungslos. Das soziale Netz der DDR ist zerschlagen, die meisten Betriebe stillgelegt, wenige mit reduzierter Arbeitsplatzzahl privatisiert. Zwar gelang es durch die Betriebsbesetzungen der Werften in Wismar und Rostock wenigstens dort die Machenschaften der Treuhand zu beeinflussen und einen Teil der Arbeitsplätze zu erhalten, doch dies bleibt angesichts der Gesamtlage ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die offiziellen Arbeitslosenstatistiken weisen für Rostock eine Quote von 14%, für Lichtenhagen von 17% auf. Dabei fehlen natürlich die vielen KurzarbeiterInnen und die Frauen, die durch den Wegfall der Hortplätze wieder ausschließlich für Haushalt und Kinder zuständig gemacht wurden.

Wer dachte mit seiner/ihrer Ausbildung und viel gutem Willen doch irgendwo unterkommen zu können, stellt heute allzu oft fest, daß seine/ihre Ausbildung, Wissen und Können unter der Herrschaft des »freien Westens« nichts wert sind. Stattdessen bangt man/frau vor der nächsten Mieterhöhung, die die Bundesregierung für Anfang 1993 angekündigt hat: bis zu 100% mehr Miete kann dann gefordert werden. Und die große Freiheit zwischen zehn Waschmitteln wählen zu können, verschwimmt angesichts sozialer Deklassierung und Orientierungslosigkeit. Drei Jahre nach dem Aufkauf der DDR haben deren ehemalige BürgerInnen die Hoffnung auf einen schnellen Aufschwung verloren. Wege, wie sie selbst wirksam für eine baldige Verbesserung ihrer Situation kämpfen könnten, sind kaum noch sichtbar.

Wie fast überall in der ehemaligen DDR sind die kurzzeitigen Errungenschaften der Bürgerbewegung auch in Mecklenburg-Vorpommern zurückgedrängt worden. Als erstes wurden die »Runden Tische« und ihr Einfluß auf die Politik abgeschafft. Fortschrittliche Zeitungen gingen eine nach der anderen im ökonomischen Überlebens-



kampf unter. DT64, einer der stetig weniger werdenden Radiosender, die gesellschaftliche Probleme kritisch thematisierten, wurde trotz erheblicher Proteste zunächst in Mecklenburg-Vorpommern, später in allen sog. neuen Ländern abgeschaltet. Jugendzentren und andere Kultureinrichtungen waren die ersten, die den Sparmaßnahmen der Bundesregierung zum Opfer fielen.

Da das politische System in der DDR immer noch nicht reorganisiert ist, wird ein Großteil der Entscheidungen auf Verwaltungsebene getroffen. Diese werden dann von den PolitikerInnen in aller Schnelle durchgesetzt. So wurde z.B. das neue Polizeigesetz Mecklenburg-Vorpommerns in diesem Sommer ohne öffentliche Diskussion verabschiedet. Für »potentielle StraftäterInnen« sieht es eine »Vorbeugehaft« von bis zu sechs Wochen vor und räumt damit der Polizei Eingriffsrechte in die persönliche Freiheit der Menschen ein wie kein anderes Polizeigesetz in der BRD.

Die Verwaltungsbürokratie Mecklenburg-Vorpommerns ist vor allem auf der mittleren Ebene mit alten Freunden des ehemaligen schleswig-holsteinischen CDU-Ministerpräsidenten Kai Uwe Barschel besetzt. Hierbei handelt es sich zum größten Teil um BeamtInnen, die nach dem Wahlsieg der SPD in Schleswig-Holstein mit Schwierigkeiten für ihre Karriere rechnen mußten, wenn sie ihre Amtsgeschäfte so weiterführen wollten wie zuvor.

Die ZASt

Rassitisch motivierte Angriffe sind auch in Mecklenburg-Vorpommern nicht unbekannt. Im ersten Halbjahr 1992 gab es nach Polizeiangaben 30 Überfälle auf Flüchtlingheime. Im März dieses Jahres traten 21 Männer einen Rumänen auf offener Straße zu Tode. Die Ereignisse in Rockstock-Lichtenhagen haben ihren Vorlauf, bilderbuchhaft führen sie vor, wie Zustände geschaffen werden können, die zu pogromartigen Ereignissen führen. Die Zentrale Anlaufstelle für AsylbewerberInnen (ZASt) war in einem Wohnblock in einem Rostocker Außenstadtviertel untergebracht. Dort sollten die AsylbewerberInnen nur kurze Zeit, bis sie auf andere Lager verteilt würden, bleiben. Soziale Kontakte mit der Bevölkerung konnten so nicht entstehen. Mit ihrer eh ausgesprochen begrenzten Aufnahmekapazität war die ZASt den in letzter Zeit täglich bis zu 80 neuankömmenden Flüchtlingen nicht gewachsen. Um eine entsprechend schnelle Weiterverteilung oder anderweitige Unterbringung der Flüchtlinge wurde sich allerdings auch kaum gekümmert, wie wir später zeigen werden. Stattdessen wurde der Eindruck der »Überflutung« noch dadurch geschürt, daß AsylbewerberInnen, die außerhalb der offiziellen Öffnungszeiten ankamen, nicht in das Gebäude hineingelassen wurden. So waren zahlreiche Menschen gezwungen, im Freien zu übernachten. Toiletten und Waschgelegenheiten gab es für sie ebensowenig wie eine Versorgung durch die ZASt. Folgerichtig wurden auf der Suche nach Eßbarem und Gebrauchsgegenständen die Müllcontainer der AnwohnerInnen durchwühlt. Doch auch der Unmut der AnwohnerInnen bescherte den Flüchtlingen weder Toilettenhäuschen noch Nahrung, geschweige denn andere Unterkünfte. Stattdessen wurde dieser von den PolitikerInnen ignoriert bzw. benutzt, um die Stimmung gegen Flüchtlinge und die bisherige Asylgesetzgebung zu schüren. Wolfgang Schulz, Bürgerbeauftragter der Landesregierung, hat nach eigenen Angaben bereits im Oktober 91 den Rostocker Oberbürgermeister und den Innenminister Diederich (Vorgänger von Kupfer) über die häufigen Klagen der AnwohnerInnen informiert. Doch erst im Januar 92 reagierte der Innenminister – und im März 92 der Oberbürgermeister – und zwar nicht etwa mit praktischer Hilfe sondern mit der Ankündigung, die ZASt werde im Juni verlegt. Dies geschah nicht, stattdessen war das Gelände um die ZASt mit Flüchtlingen überfüllt, denen keine andere Wahl blieb, als im Freien zu campieren. Wiederum leitete Schulz die Beschwerden der NachbarInnen weiter. Dieses Mal erhielt er von Kupfer die lapidare Antwort, die ZASt werde im September verlegt.

Rostocks Oberbürgermeister Kilimann hatte bereits im Juli 1991 an den damaligen Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, Diederich (CDU), geschrieben. In seinem Brief beschrieb er detailliert die Situation um die ZASt in Lichtenhagen und machte Vorschläge für zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für die AsylbewerberInnen. Wörtlich heißt es: *»Die Sicherheit aller ausländischen Bürger in Rostock ist in einem deutlich höheren Maß gefährdet. Gewalttätigkeiten gegenüber ausländischen Bürgern nehmen zu. Schwerste Übergriffe bis zu Tötungen sind nicht mehr auszuschließen.«* Nach dem Pogrom war Kilimann glücklich, sich auf diesen Brief berufen zu können. Dabei verschwieg er aber, daß er selbst bzw. der Rostokker Senat die ZASt nach Lichtenhagen geholt hatten. Und dies keineswegs, weil ihnen die Problematik des Standorts nicht bekannt gewesen wäre. Ausschlaggebend dürfte gewesen sein, daß die Stadt, die die ZASt des Landes aufnimmt, nur die Hälfte der Quote an AsylbewerberInnen aufzunehmen braucht. Der fraktionslose Landtagsabgeordnete Reinhardt Thomas (früher SPD, jetzt der CDU nahestehend) wirft dem Senat vor, nicht intensiv nach anderen Örtlichkeiten für die ZASt gesucht zu haben. Die Stadt Rostock sei eindeutig für die Probleme zuständig gewesen, die im Umfeld der ZASt entstanden, auch wenn diese dem Innenministerium untersteht. Warum diese Verantwortung nicht übernommen wurde, können wir den aufschlußreichen Ausführungen des Rostocker Innensenators, Magdanz entnehmen. In den Neuesten Norddeutschen Nachrichten vom 19. August, also drei Tage

vor dem ersten Angriff auf die ZASt, war folgendes zu lesen: *»Ratlosigkeit im Rathaus. Senator Magdanz steckt in der Klemme: Wenn wir weitere Unterkünfte zur Verfügung stellen, kommen noch mehr Asylsuchende. Das zeigt die Erfahrung.«* Dies bekräftigte Magdanz noch einmal in einem Gespräch mit Kurt Degner, der wegen der Verwicklung seiner Parteifreunde in das Pogrom von seinem Posten als Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion zurückgetreten ist. 24 Stunden nach dem Brand in dem ZASt-Gebäude erklärte Magdanz, er wolle die Flüchtlinge nicht in Turnhallen oder anderen Unterkünften unterbringen, *»denn die telefonieren doch mit Rumänien und dann stünde er am nächsten Tag vor dem gleichen Problem.«*

Chronologie der Ereignisse

Mai 1992: Bereits im Mai werden Flugblätter der »HAMBURGER LISTE FÜR AUSLÄNDER-STOPP« (*»Rostock bleibt deutsch«*) verteilt. Diese sollen den Rassismus in Lichtenhagen schüren. Einige Tage vor dem Pogrom (und eine Woche vor der geplanten Verlegung der ZASt) meldet sich eine angebliche Bürgerinitiative zu Wort. Die »Norddeutschen Neuesten Nachrichten« (NNN) erhalten am Dienstag, den 18.August den anonymen Anruf einer »INTERESSENSGEMEINSCHAFT LICHTENHAGEN«: *»Wenn die Stadt nicht bis Ende dieser Woche für Ordnung sorgt, dann machen wir das.«* Dieser Anruf wird am Tage darauf in den NNN veröffentlicht, Polizei und PolitikerInnen informiert. Rostocks Innensenator Magdanz (SPD) erklärt in einer Rostocker Zeitung daraufhin, daß er sich mit Polizei und Landesregierung zusammensetzen werde, um einer Eskalation der Gewalt vorzubeugen. Er versucht auch gleich, sein politisches Süppchen auf der angespannten Situation zu kochen: *»Nicht nur in Rostock verschärft sich die Situation von Tag zu Tag. Ich hoffe nur, daß die Herren aus Bonn bald aus ihrer Sommerpause aufwachen.«* In der Freitagausgabe der »Ostseezeitung« wird wieder ein anonymer Anrufer einer »Interessengemeinschaft« zitiert: *»Das wird eine heiße Nacht. Wir werden Ordnung schaffen.«*



Nazi-Propaganda in Rostock zur Vorbereitung der Pogrome

Mecklenburg/Vorpommern ist nicht die Kolonie, Kaufhalle und Müllhalde Westdeutschlands

Die CDU/CSU ist nicht das kleinere Übel, wie manche meinen. Die CDU/CSU ist dasselbe Übel wie die SPD, FDP und die Grünen.

Grenzen dicht machen für Asylbetrüger und illegale Einwanderer

Schluß mit dem Asylschwindel.

Deutschland ist kein Einwanderungsland.

Die Ausländer und das Ausland kosten uns Jahr für Jahr fast 100 Milliarden DM an guten, schwer erarbeiteten Steuergeldern!

Nur etwas davon hilft Mecklenburg/Vorpommern sehr

Wir fordern deshalb: Deutsche Steuergelder für deutsche Aufgaben. Zur Erhöhung des Kindergeldes für deutsche Kinder, damit unser Volk lebt. Zur Erhöhung der Renten, zur Senkung der Steuern

Asylanten

Wer soll das bezahlen?

Aktion 'Rostock bleibt deutsch' — Postf. 15 11 21, 2000 Hamburg 11

Sagen Sie Ihre Meinung

JA [ ] NEIN [ ] Ich finde, Deutsches Geld soll jetzt vorrangig zum Aufbau der ehemaligen DDR ausgegeben werden.

Name ____ Vorname ____ Alter ____

Straße ____ Telefon ____

PLZ/Wohnort ____

Widerstand gegen die Ausländerflut

Aktion ,Rostock bleibt deutsch'

Liebe Rostocker Landsleute!

Seid nicht so vertrauensselig, wie wir es im Westen gewesen sind, als uns die Politiker versicherten, es würden nur wenige Ausländer kommen, und das auch nur als Gastarbeiter auf Zeit. Heute haben wir 6 Millionen. Sie nennen sich Einwanderer und erzählen uns, Deutschland gehöre jetzt auch ihnen. Sie fordern unsere Wohnungen, Arbeitsplätze und Steuergelder. Ganze Stadtviertel haben sie schon besetzt. Die vielen Kriminellen unter ihnen brachten uns Rauschgifthandel und organisiertes Verbrechen. Mit einem Asylantenheim fängt es an - und schon ist Rostock 'multikulturell' (wie Hamburg: Afrikaner, Asiaten, Orientale, Zigeuner, Türken usw.). Wozu, warum, weiß niemand zu sagen.

Samstag, 22.8.: Für Samstag wird über die »Ostseezeitung« zu einer Demonstration "Gegen das deutsche Ausländergesetz/Asylgesetz" aufgerufen. Eine Demonstration findet nicht statt, aber es kommt zu einer Menschenansammlung vor der ZASt. Aus dieser Situation heraus kommt es zu den ersten Angriffen auf das Gebäude. Die ersten Steine, so berichtet Ausländerbeauftragter Richter, fliegen in die Fenster der VietnamesInnen-Wohnungen (der Aufgang zu ihrem Wohnheim liegt offener als die Flüchtlingswohnungen). Ungefähr 500 AngreiferInnen versuchen, das Heim zu stürmen. Dies wird zunächst durch die militante Gegenwehr der BewohnerInnen verhindert.

Die Polizei, mit 35 Beamten vertreten, hält sich zurück und läßt die Situation eskalieren. Bis Samstagabend versammeln sich 1000 bis 2000 BürgerInnen (darunter TeilnehmerInnen einer DVU-Veranstaltung die acht Wochen zuvor stattfand) und feuern einen Mob von bis zu 500 Personen an. Jede eingeworfene Fensterscheibe, jeder Molli wird mit Beifall bedacht. Erst in den frühen Morgenstunden schafft es die Polizei, die Angreifer vom Heim wegzudrängen, was eher der Ermüdung der Angreifer als dem energischem Durchgreifen der Polizei zuzuschreiben ist.

Erst zu später Stunde sind die Einsatzkräfte der Polizei mit einem Sonderkommando und Bereitschaftspolizisten auf 150 Mann verstärkt worden. Vier Stunden wurden benötigt, um einen Wasserwerfer aus dem benachbarten Schwerin zu holen, weil die Fahrer angeblich erst von Rostock nach Schwerin gebracht werden mußten. *»Erst um 2 Uhr fuhren Wasserwerfer auf und beendeten die Straßenschlacht zwischen Jugendlichen und Polizisten«*, schreiben die »Norddeutschen Neuesten Nachrichten«.

Ähnliche Situation wie am Tage zuvor. Trotz Verstärkung für die Rostocker Polizei, laut Berliner Zeitung 400 Polizisten und BGS'ler, greifen ca. 100 Jugendliche das Gebäude an. Bei der gaffenden Menge macht sich Volksfeststimmung breit. Mollis werden massenweise in direkter Nähe der Polizeiketten abgefüllt oder aus Autos geholt. Von Polizeidirektor Kordus ist am Montag in den Ostseezeitung zu lesen, daß die Aktion seiner Meinung nach überregional geplant wurde. Sicheres Indiz dafür sei, daß viele Täter mit PKWs aus anderen Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns angereist seien. Zudem wären am Sonntag gewaltbereite Jugendliche aus Lübeck und Hamburg gekommen. Die Berliner Zeitung berichtete, daß ganz Lichtenhagen mit Autos aus Hamburg, Lübeck und Niedersachsen zugeparkt gewesen sei. Hans-Gert Lange, Bundesamt für Verfassungsschutz, stellt gegenüber dpa eine zunehmend bessere Organisiertheit bei den Rechtsextremisten fest. *»Es tauchen zunehmend größere Gruppen auf, die sich offensichtlich abgesprochen haben.«* Dies sei offenbar auch in Rostock der Fall gewesen. So gebe es Anhaltspunkte, daß die Gewalttäter aus verschiedenen Städten, u.a. Hamburg, Berlin, Lübeck und Leipzig, angereist seien.

Uns ist bekannt, daß verschiedene Personen aus der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) in Lichtenhagen mitgemischt haben. Christian Worchs Opel wurde Sonntag Abend gesehen, inklusive einer Person, die über Funk oder Funktelefon andere Neonazis anwies. Der Rücksitz des Wagens war mit Nazizeitungen übersät. Worch selbst war auch in Lichtenhagen. Ungeklärt ist noch, ob er auch an diesem Sonntagabend vertreten war. Faschisten aus FAP, NF usw. sowie aus verschiedenen europäischen Ländern, darunter aus dem GdNF-Netz aus Österreich, waren ebenfalls angereist. Infrastruktur zur Unterstützung des Pogroms war vorhanden. Polizeifunk wurde abgehört, in einem Auto von Rechtsradikalen fanden Polizisten Störfunkgeräte.

Im Laufe des Sonntags wird in den großen norddeutschen Städten von AntifaschistInnen nach Rostock mobilisiert. Dort werden dann mehrere Versuche gemacht, einzugreifen, was aber an der aufgeputschten Menge von 2000 ZuschauerInnen scheitert. Gegen 1.00 nachts macht sich erneut ein Konvoi von etwa 200 Personen aus der Rostocker Innenstadt auf den Weg nach Lichtenhagen. Eine Kundgebung wird durchgeführt. Die Polizei zeigt, daß eine Störung des Pogroms von links nicht akzeptiert wird: bei der Kundgebung, z.T. an den geparkten Autos und auf dem Rückweg nach Rostock werden über 60 AntifaschistInnen verhaftet. In den Medien wird später die Zahl von 150 festgenommenen »Krawallmachern« verbreitet, darunter sind eben diese 60 AntifaschistInnen (Vorwurf: »Landfriedensbruch und Verstoß gegend das Versammlungsgesetz«). Die Gefangenen schreiben in ihrer Presseerklärung, daß sie alle erkennungsdienstlich behandelt und z.T. mißhandelt wurden. 30 von ihnen mußten von 3.00 bis 9.00 Uhr morgens mit Handschellen gefesselt im Hof der Gefangenensammelstelle stehen. Die anderen 30 wurden trotz Protest in einer Turnhalle zusammen mit 35 Faschisten festgehalten. Im Laufe der Tage werden die meisten von ihnen freigelassen, die letzten von ihnen jedoch erst am darauf folgenden Wochenende.

Montag Vormittag tagt ein Krisenstab. Rostocks Kommunalpolitiker und auch der Innensenator von Rostock, Magdanz, sind ausgeschlossen. Landesinnenminister Kupfer, Bundesinnenminister Seiters sowie die Polizeiführung von Mecklenburg-Vorpommern stimmen sich ab. Wer genau an diesem Krisenstab teilnahm und was dort besprochen wurde, ist nicht der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden. Wir können nur Rückschlüsse ziehen aufgrund der folgenden Ereignisse.

Die Kräfte des Bundesgrenzschutzes werden mittags entlassen, so teilt es Bundesinnenminister Seiters später in »Hessen 3« mit. Mit dem Einsatz des BGS und spätestens mit dem Krisenstab wurde das Vorgehen in Rostock übrigens auch Sache der Bundesregierung. Seiters nutzt sein Kommen, um eine neue Asylgesetzgebung zu fordern, Landesinnenminister Kupfer stimmt ein.

Das Flüchtlingsheim wird bis Montag Abend geräumt. Die Entscheidung, alle Flüchtlinge wegzubringen, trifft niemand aus der Landesregierung, auch nicht die Leiterin des Hauses, sondern ein mittlerer Mitarbeiter der ZASt. Sowohl der Ausländerbeauftragte Richter als auch die PDS-Abgeordnete Lederer informieren die Polizei darüber, daß sich noch ca. 150 VietnamesInnen in ihren Wohnungen in dem Gebäude aufhalten. Die Rostocker Polizeidirektion erklärt gegenüber der PDS-Abgeordneten gegen 18.00 Uhr, dies sei ihr bekannt.

Sonntag, 23.8.:

Das Bundesamt für Verfassungsschutz behauptet von den Ausschreitungen überrascht worden zu sein.
Es habe keine Hinweise über die Aktivitäten in der rechtsradikalen Szene gegeben.
Die Norddeutschen Neuesten Nachrichten hingegen zitieren am 29.8. eine Sozialarbeiterin, Rechtsradikale aus Berlin, Brandenburg und Potsdam hätten schon im Juni auf einem Zeltplatz in Rügen angekündigt, es werde in Rostock bald losgehen.

Montag, 24.8.:

»Nichts von VietnamesInnen im Haus gewußt«

Montagabend um 18.00 wußte die Rostocker Polizeidirektion noch von den VietnamesInnen; am Tage darauf streitet es der Sprecher der Polizeidirektion schlicht ab. Erklärung von Andrea Lederer, stellvertretender Vorsitzende der Abgeordentengruppe PDS/Linke Liste im Bundestag: *»Ich habe am 24.8.92 um 18.00 Uhr in einem Telefonat mit Herrn Teichmann von der Polizeidirektion Rostock darauf hingewiesen, daß ... sich in dem angegriffenen Haus in Lichtenhagen noch ca. 150 vietnamesische Bürgerinnen und Bürger aufhalten und daß auch mit weiteren Angriffen zu rechnen sei. Herr Teichmann hat mir bestätigt, daß er, sowie die Polizeidirektion, von der Anwesenheit der Vietnamesinnen und Vietnamesen Kenntnis habe, die Polizei ebenfalls über noch unbestätigte Informationen verfüge, wonach weitere Angriffe zu erwarten seien. Meine Frage, ob der Polizeischutz aufrecht erhalten bleibe, um auch die vietnamesischen Bürger und Bürgerinnen zu schützen, bejahte Herr Teichmann. Wenn seitens der Polizeidirektion Rostock jetzt erklärt wird, sie sei während der Brandstiftung davon ausgegangen, das Haus sei leer, so ist dies schlichtweg gelogen.«* AnwohnerInnen berichten, daß die VietnamesInnen bereits am Samstag angegriffen wurden. Die Feuerwehrzentrale, die um 21.51 Uhr um Polizeischutz gebeten hatte, da sie so die Löscharbeiten nicht durchführen konnte, gab dabei zugleich dem Lagezentrum der Polizei die Information, daß sich noch vietnamesische BewohnerInnen in dem brennenden Haus befänden.

»Doch zunächst hält die Polizei die Gewalttäter mit Schlagstöcken und Wasserwerfern im Klammergriff – bis kurz vor zehn Uhr nachts: Die Polizei beginnt damit, alle Einheiten abzuziehen ... In wenigen Minuten sind rund um das Heim kein Wasserwerfer, kein Polizeiwagen und kein einziger Polizist mehr zu sehen. Nur auf der Fußgängerbrücke schauen etwa 50 alleingelassene Polizisten dem Schauspiel verängstigt zu.«

(Berliner Zeitung vom 26.8.92).

Die Angriffe laufen am Abend weiter. Der Berichterstatter der Berliner Zeitung schreibt dazu, das Bild sei von angereisten Profinazis und Skinheads bestimmt gewesen. *»Die Gewalt von der Brücke ist nicht ungestüm und spontan. Alles hört auf ein unsichtbares Kommando.«* Um 21.00 Uhr ziehen die Polizisten vor dem Haus plötzlich ab. Die AngreiferInnen sind überrascht und halten dies zunächst für eine Falle. Doch kurz darauf fliegen die ersten Brandbomben in das ungeschützte Haus. Der RTL-Bericht spricht von 800 angreifenden Rechten unter den Anfeuerungsrufen von 3000 AnwohnerInnen.

Zwei Stunden lang ist die Polizei nicht im Einsatz. Die Feuerwehr, die bereits seit 21.44 Uhr vor Ort ist, kann erst gegen 23.00 Uhr mit den Löscharbeiten beginnen. Daß die Verantwortlichen nicht ganz so hemmungslos vor der Öffentlichkeit lügen können, ist u.a. der Anwesenheit eines ZDF-Kamerateams zu verdanken, das zusammen mit den vietnamesischen Familien und einigen Antifas um sein Leben bangen mußte. Buchstäblich in letzter Minute gelingt es den Eingeschlossenen, die Tür zum Dach aufzubrechen. Dort müssen sie noch befürchten, von Angreifern vom Dach gestoßen zu werden.

Die wichtigsten Verantwortlichen, Rostocker Polizeichef und Leiter des Landeskriminalamts in einer Person, Kordus, und Innenminister Kupfer sind in der entscheidenden Phase nicht verfügbar. Kordus wird von seinem Vize Deckert vertreten. Der polizeiliche Notruf ist über zwei Stunden nicht erreichbar. Das ZDF-Fernsehteam verfügt über Funktelefon und kann nach den vergeblichen Versuchen, Rostocker Polizei zu erreichen, Polizei in Hamburg und Berlin informieren. Mittlerweile ist das Einsatzprotokoll der Feuerwehr, die sich die Verantwortung über die Vorgänge nicht anhängen lassen will (dazu gibt es auch keinen Anlaß) veröffentlicht worden. Damit liegt eine minutiöse Darstellung des Ablauf zwischen 21.00 und 24.00 Uhr vor. Diese deckt sich mit den uns vorliegenden Augenzeugenberichten. Zudem haben verschiedene Feuerwehrleute in der Presse über den Hergang berichtet. Der erste Notruf bei der Feuerwehr geht um 21.38 Uhr ein, danach klingeln die Telefone eine halbe Stunde lang. Um 21.44 Uhr treffen die ersten Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr ein. Ohne Polizeischutz schaffen sie es nicht, durchzukommen. Ihre Zentrale gibt diese Information gleich an den Lagedienst der Polizei weiter. Als es ihnen gelingt, einige wenige Räume im Erdgeschoß nach BewohnerInnen zu durchsuchen, werden sie von mit Eisenstangen und Baseballschlägern bewaffneten Angreifern zum Rückzug gezwungen. Immer wieder geht der Hilferuf um Schutz an die Polizei. Erst um 22.58 Uhr kann die Feuerwehr mit den Löscharbeiten beginnen, nachdem eine Polizeikette vor dem Haus aufgezogen ist, übrigens nach Feuerwehrangaben ohne Schutzuniform mit mürben Schutzschildern.

Nicht alleVietnamesInnen fanden in dieser Nacht Platz in den Bussen, die sie an einen sicheren Ort bringen sollten. Eine halbe Stunde standen sie in einem Wäldchen, doch kein Bus kam, um sie in Sicherheit zu bringen. Sie flohen zurück in das brennende Haus, so wenig vertrauten sie dem Schutz der Polizei. Die Feuerwehr mußte sie erneut aus dem Gebäude bringen.

Erst am Dienstag fordert der Landesinnenminister Hilfe von anderen Bundesländern an. Es kommen Einheiten aus Sachsen-Anhalt, Schleswig-Hostein, Niedersachsen, NRW und BGS-Einheiten. An diesem Abend geht die Polizei energischer vor und zeigt, daß sie trotz angereister Hooligans (an dem Abend fand ein Fußballspiel Hansa Rostock gegen Bremen statt) das Heft in der Hand hat. Das Einsatzkonzept ist offensichtlich auf Verhinderung weiterer Ausschreitungen umgestellt worden. Die Berliner Einheit, 80 Beamte der Einsatzbereitschaft 11 der Direktion 1, wissen sofort, wie sie ihren Auftrag, Objekte zu schützen, umzusetzen haben: Sie wollen gleich am Dienstag Abend den Treffpunkt Rostocker AntifaschistInnen, das Jugendzentrum in der Innenstadt, stürmen. Der Rostokker Einsatzleiter hat größte Schwierigkeiten, sie davon abzuhalten. Der Mittwoch endet mit kleineren Scharmützeln mit der Polizei, die Angriffe richten sich nur noch gegen diese, Autos von AnwohnerInnen werden angezündet.

Dienstag, 25.8.:

Stellvertretender Polizeidirektor Deckert, der Kordus bei dessen Abwesenheit am Montagabend vertrat, zum fehlenden Schutz für die Feuerwehr: Sie sei *»zu einem üblichen(!) Brandeinsatz gefahren«*, dies laufe immer ohne Polizeischutz.

»Keine Videoaufnahmen« – welch ein Zufall! Kordus erklärte in den NNN vom Montag, dem 24.August, daß den bis Sonntag Mittag erfolgten zehn Festnahmen nach der Auswertung von Fotos und Videofilmen weitere folgen würden. Für die Zeit des Brandes schreibt der Spiegel, daß die Kamera (die einzige?) des Dokutrupps der HHer Polizei durch einen Steinwurf außer Betrieb gesetzt worden sei. Dies ereignete sich rein zufällig genau an dem Abend, an dem die Polizei für mehrere Stunden abgezogen wurde.

»Kripo wertet Videofilme aus«, Überschrift der Ostseezeitung vom 27.8.

»In Rostock wurden laut Aussage des Innenministeriums auch einige Bänder mit 'handelnden Personen' gedreht.«

Kordus: ein geschulter Mann des BKA ...

Kordus, 54 jahre alt, ist ein erfahrener Polizeioffizier. Seine jetzige Position ist Leiter des Landeskriminalamtes von Mecklenburg-Vorpommern. Bis einen Tag vor der antifaschistischen Demonstration in Lichtenhagen war er auch noch Leiter der Polizeidirektion in Rostock. Er war von 1959-1977 im höheren Polizeidienst in NRW, unter anderem in der Regional-Sonderkommission »Baader-Meinhof«. Er war mehrere Jahre in der Ausbildung für höheren Polizei- und Verwaltungsdienst tätig. 1977 ging er zum Bundeskriminalamt. Seit 1981 war er bei der Sicherungsgruppe Bonn in Meckenheim, wo er Führungsaufgaben für den Schutz von ausländischen Gästen innehatte. 1982 wurde er in Bonn Leiter des Referats für politische Ausländerkriminalität.

... und eine Menge Lügen

● *»Mit so vielen Randalierern haben wir nicht gerechnet«*. Ein Mann vom BGS berichtete der Ostseezeitung, daß er *»am Sonntag darüber informiert hatte, daß mit über 1000 Radikalen zu rechnen sei.«* Er hatte entsprechende Informationen (OZ vom 25.8.).

● Kordus behauptet: *»Nicht genügend Einsatzkräfte«* Der Polizeieinsatz vom Samstag wird im Nachhinein von den Verantwortlichen als »Polizeipanne« dargestellt. Vergeblich hätte die Polizei in der Nacht von Samstag auf Sonntag versucht, eine Hundertschaft zusammenzutrommeln. In Mecklenburg-Vorpommern hätten nur wenige Polizisten einen Telefonanschluß und könnten somit erreicht werden. Gefangene Antifas sahen Montagabend um 19.00 Uhr bei ihrer Freilassung mindestens zwei Sondereinheiten aus Schwerin und HH (s. Presserklärung der Gefangenen). Berliner Zeitung zum Montagabend: *»Von wegen zu wenig Leute«*, ereifert sich ein Polizist in der Kantine der Einsatzzentrale. *»Wir stehen seit vier Stunden hier rum und frieren.«* Im Fernsehen läuft »Tagesthemen extra« (...) Fein säuberlich aufgereiht stehen auf dem Hof mindestens 20 Mannschaftswagen. Die Plastik-Rüstungen der Spezialkämpfer liegen zwischen den Autos auf dem Boden.

● Kordus behauptet am Montagabend: *»In der gesamten Bundesrepublik gibt es keine Unterstützungskräfte mehr.«* Bei den Recherchen der Berliner Zeitung stellte sich heraus, daß weder an die Berliner Polizei noch an die von Schleswig-Hostein ein Amtshilfeersuchen gestellt worden war. Hilfe von der Berliner Polizei wurde erst Dienstag um 19.00 Uhr angefordert. Mittwoch lag wieder ein Hilfeersuchen aus Rostock vor – Anlaß: die antifaschistische Demo am Samstag!

● Die Abwesenheit der Polizeikräfte vor dem Haus begründet Kordus mit Schichtwechsel.

● Kordus behauptet, die Polizei habe nichts von Menschen im brennenden Haus gewußt.

● Kordus behauptet, der Anruf der Feuerwehr wäre erst um 22.16 Uhr erfolgt (laut Feuerwehr 21.51 Uhr). *»PKWs und Schaulustige versperrten den Weg.«* Bis dahin hätte der Einsatzleiter vor Ort gemeldet, die Lage sei *»nicht kompliziert«* – obwohl schon um 21.30 Uhr die Flammen aus der ersten Etage des Gebäudes schlugen.

● Bereits um 22.35 sei ein vollständiger Schutz der Feuerwehr gewährleistet gewesen. Das Funkprotokoll der Feuerwehr belegt, daß sie erst knapp vor 23.00 Uhr damit beginnen konnten, VietnamesInnen, die sich zum Teil in ihren Wohnungen verbarrikadiert hatten, in Sicherheit zu bringen und mit den Löscharbeiten zu beginnen.

● Seine Abwesenheit vor Ort begründet Kordus mit »Hemdwechsel«. Der SPD-Fraktionschef Ringstorff behauptet, Kordus angerufen zu haben und der habe geschlafen.

Der Anti-Antifaschismus in Aktion

Unmißverständlich war auch die wütende Hetze gegen die antifaschistische Demonstration am folgenden Samstag in Lichtenhagen. Es hieß in den Medien, daß der »Invasion von rechts nun die Invasion von links« folgen würde und Rostocker BürgerInnen im besonderen wurden aufgefordert, dieser Demo fernzubleiben. Ein Bürgerkriegsaufgebot von 3.400 Polizeibeamten gegen die antifaschistischen DemonstrantInnen machte allen unmißverständlich klar, wo diese »Demokratie« ihren. Feind nach wie vor sieht – links. Erwünscht war eine Schlacht zwischen AntifaschistInnen und Polizei, um unter Verwendung der alten bundesrepublikanischen Geschichtsklitterung über die Bedrohung des demokratischen Staates von links und rechts, eine Verschärfung der Sicherheitsgesetze zu rechtfertigen. Als eigentliche Bedrohung waren in den meisten Berichterstattungen die »linken Autonomen« ausgemacht, was durch das Großaufgebot der Polizei bestätigt schien. Eine Schlacht am gleichen Orte des Pogroms hätte dieser Propagandalüge die notwendigen Bilder zugefügt und den Weg zur schnellen Verschärfung der Sicherheitsgesetze geöffnet. Das dieser Plan mißlang, ist ausschließlich dem politischen Bewußtsein der 20.000 DemonstrantInnen zu verdanken.

Rostocker Bürgerinnen und Bürger!

Angesichts der bevorstehenden Demonstrationen am Samstag wendet sich der Senat an Euch:

Bewahrt Ruhe und Besonnenheit!
Wahrt Distanz zu Gewalttätern!
Nehmt die Verantwortung für Eure Kinder wahr!
Laßt Euch nicht provozieren!
In Rostock darf die Gewalt keinen Platz haben!

Dr. K. Kilimann
Oberbürgermeister der
Hansestadt Rostock



Die politischen Brandstifter

Die »Unterlassungen«, die zu dem Pogrom führten, haben wir bereits benannt. Montag Vormittag tagte der Krisenstab, zu dem Bundesinnenminister Seiters angereist war. Am selben Abend sind die entscheidenen Personen überhaupt nicht (wie Seiters) oder zumindest während der Stunden des Brandes, in denen das Gebäude mit den vietnamesischen Familien dem angreifenden Mob überlassen wurde, »nicht anwesend« (Kupfer und Kordus).

Schon am ersten Angriffstag konnten sich die Neonazis und ihre SympathisantInnen aufgrund der Tolerierung durch die Polizeiführung weitgehend ungestört austoben. Das Haus konnte – neben dem spärlichen Einsatz von 35 Beamten, die von ihren Vorgesetzten verheizt wurden – nur durch die Selbstverteidigung der vietnamesischen BewohnerInnen und unterstützender Rostocker Antifas gehalten werden. Daß das Pogrom drei Nächte laufen konnte, ohne daß ernsthaft dagegen eingeschritten wurde, kann kaum jemand ernsthaft – außer den direkt Verantwortlichen – mit »Einsatzpannen« entschuldigen!

Handlungsbereit zeigte sich die Polizei durchaus Sonntagnacht, als sie über 60 AntifaschistInnen in Haft nahm, die damit mehr als die Hälfte der Festgenommenen dieser Nacht stellten (über die Presse verbreiteten die Polizeidienststellen dann, »Rechte und linke Autonome« hätten gemeinsam an den Angriffen teilgenommen). Offensichtlich sollten antifaschistische

Die Rostocker Neonazis

Die Struktur organisierter Neonazis in Rostock ist, gemessen an anderen Städten der ehemaligen DDR, nicht besonders ausgeprägt gewesen. Am 13.Juni dieses Jahres hielt die DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) eine Veranstaltung in der Rostocker Innenstadt ab. Damals zeichnete sich die Rostocker Polizei unter der Einsatzleitung von Jürgen Deckert durch besonders rücksichtsloses Vorgehen gegen die antifaschistischen GegendemonstratInnen aus.

Ein Brennpunkt neofaschistischer Organisierung war seit einiger Zeit in den Hochhausvierteln um Lichtenhagen auszumachen. Die Nazis der DEUTSCHEN ALTERNATIVE (DA) werben ihren Anhang durch Nazi-Skin-Konzerte und auf dem Fußballplatz von Hansa Rostock, die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) rekrutieren seit einiger Zeit im Lichtenhagener Nachbarbezirk Lütten Klein.

In Lichtenhagen selbst gab es im Vorfeld des Pogroms mehrere BewohnerInnenversammlungen, deren TeilnehmerInnen sich über die Zustände vor der ZASt beklagten. Um diesen Unmut zu schüren, griff im Mai dieses Jahres die HAMBURGER LISTE FÜR AUSLÄNDERSTOPP (HLA) ein. Es tauchte jemand im Jugendclub »Max Reichpietsch« in Groß Klein auf und stachelte die Jugendlichen an, die HLA-Flugblätter »Rostock bleibt deutsch« flächendeckend in die Briefkästen zu stekken. Unterzeichnet waren diese Hetz Hetzschriften von Michael Andrejewski, der seine faschistische Laufbahn bei der JN began. (Faks., S. 4).

Die HLA steht der NPD nahe. Für kurze Zeit waren zwei Kühnen-Gefolgsleute – Christian Grabsch und Ulrich Thetard – im Vorstand der HLA vertreten gewesen, mußten aber als bekannte Nationalsozialisten von diesem Öffentlichkeitsamt zurücktreten.

Die guten Kontakte aus Kühnens ANS-Zeit wurden auch zu Worchs NATIONALER LISTE (NL) hinübergerettet, Absprachen zwischen HLA und NL finden auch heute statt. Der Einfluß von organisierten Neonazis ist in letzter Zeit in Mecklenburg-Vorpommern deutlich angewachsen.

Aus dem Offenen Brief des (ex-)SPD-Pressesprechers Degner:

Ein Gespräch mit Innensenator Magdanz gab ihm »die Gewißheit, daß verantwortliche Politiker in Schwerin und Rostock die politischen "Brandstifter" des Lichtenhagener Desasters sind.« »Keine Stunde länger dürften Menschen wie Minister Kupfer, der Rostocker OB Kilimann, sein Stellvertreter Zöllick und der Rostocker Innensenator Magdanz im Amt bleiben. Keine Stunde länger dürfen Menschen in diesem Lande so gewissenlosen und zynischen Figuren ausgeliefert sein. Sie aber weichen nicht und lügen weiter, um ihre Haut – nein – ihre Macht und ihre Sessel – notfalls aber wenigstens ihre Versorgungsansprüche zu retten.« »Als Gast der Landespressekonferenz am Dienstag, dem 25.August 1992, mußte ich mit anhören, wie der Rostocker Innensenator Magdanz mit den Worten zitiert wurde, daß man nur noch mehr Asylbewerber anlocken würde, wenn man weitere Unterkünfte schaffen würde.« »Dabei nahm man offensichtlich das Potenzieren sozialen Sprengstoffs in Kauf und wollte diesen als politisches Druckmittel benutzen.« »Der Rostocker Innensenator Peter Magdanz antwortete mir auf die Frage, ob es in seiner Macht gestanden hätte, die Asylbewerber wegzubringen, in Turnhallen der Stadt oder ähnlichen Unterkünften, daß dies in seinen Augen keine Lösung gewesen wäre. Er hätte dies wohl tun können, aber am nächsten Abend hätte er die nächste Turnhalle vollgehabt, weil "die telefonieren doch mit Rumänien und dann stünde er am nächsten Abend vor dem gleichen Problem."« »Mein Resümee, daß er damit Menschen in ihrer Not zu politischer Manövriermasse zur Abschreckung anderer gemacht habe, quittierte er mit Achselzucken.« »Da ich aus Äußerungen der genannten Verantwortlichen weiß, wie eng sie in dieser Angelegenheit zusammengearbeitet haben und da ich daran auch keinen Zweifel habe, muß ich davon ausgehen, daß auch alle Genannten dafür die Verantwortung tragen. (..) Sie haben nach meiner festen Überzeugung mit dem Feuer gespielt und wir alle haben die Explosion erlebt.«

So wird die Stimmung gegen Flüchtlinge nach dem Pogrom weiter angeheizt:

Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth spricht sich direkt nach dem Pogromwochenende für eine rasche Änderung der Asylpolitik aus.

Bürgermeister Wolfgang Zöllick (CDU): *»Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß so eine Anlaufstelle inmitten eines solchen Wohngebietes sehr problematisch ist(..)Dieser Zustrom ist unkontrollierbar und hat überdimensionale Ausmaße angenommen (..) Hier ist organisierter Menschenhandel betrieben worden.«* (TAZ-Interview v. 25.8.92)

Erwin Eppler, sozialdemokratischer Abgeordneter von Lichtenhagen in der Rostocker Bürgerschaft: Er verurteilt die Gewalt, kann aber auch die Menschen verstehen. *»Ich habe ja grundsätzlich nichts gegen Ausländer, aber das hier war ja zuviel.«* (Berl.Zeitung 25.8.92)

Justizminister Herbert Helmrich: Auf die Frage des »Mecklenburger Aufbruch«, ob man gegen Flüchtlinge *»etwa eine Mauer ziehen«* sollte: *»Ja, es geht gar nicht anders.«* (TAZ, 5.9.92).

Kräfte dem hausgemachten Pogrom nicht dazwischen pfuschen. Zwei Monate vor dem Pogrom hatten die Polizeioberen Kordus und Deckert gezeigt, wie die Rostocker Polizei vorgeht, wenn es um die Durchsetzung einer Veranstaltung von Faschisten geht: 500 Beamte, mit Verstärkung aus Norddeutschland, boten sie auf, um die Rostocker GegendemonstrantInnen einer DVU-Versammlung erbarmungslos von der Straße zu prügeln. Erst in der dritten Pogromnacht wurde eine neues Einsatzkonzept gefahren; die Gewalttätigkeiten Dienstag und Mittwoch richteten sich in Lichtenhagen, nunmehr »ausländerfrei«, fast nur noch gegen die Polizei und gegen Autos der AnwohnerInnen.

Die Erklärungen der PolitikerInnen in den Tagen nach dem Pogrom strotzen von kaum noch zu überbietenden Zynismus. Ein Bedauern oder eine Solidaritätserklärung gegenüber den Flüchtlingen und den vietnamesischen Familien kam ihnen nicht über die Lippen. Landesinnenminister Kupfer behauptete wiederholt, daß der Einsatzauftrag der Polizei erfüllt worden wäre, es wäre *»keinem Asylbewerber, keinem Anwohner und auch keiner anderen schützenswerten Person Schaden zugefügt worden«* (Spiegel 36/92). Obwohl er nochmals vom Ausländerbeauftragten detailliert die Situation der vietnamesischen BewohnerInnen in dem brennenden Haus geschildert bekam, verkündete er kurz darauf vor dem Schweriner Landtag: *»Die Polizei hat ihren Einsatzauftrag erfüllt, keinem Asylbewerber wurde auch nur ein Haar gekrümmt«* (TAZ v. 28.8.92) und verschwieg wiederum, daß fast 115 VietnamesInnen zusammen mit einem ZDF-Fernsehteam und Rostocker Antifas umgekommen wären. In der zweiten Pogromnacht bedauerte er vor dem Fernsehen, daß *»deutsche Polizisten gegen deutsche Bürger«* vorgehen mußten und forderte ein Stopp für den *»unkontrollierten Zustrom von Ausländern nach Mecklenburg-Vorpommern«*.

Den Bundesinnenminister hätte es eine Handbewegung gekostet, bereits in der ersten Angriffsnacht massenweise BGS-Kräfte nach Rostock zu schicken. Er kommentierte den Pogrom damit, daß *»große Teile der Bevölkerung besorgt über den massenhaften Zustrom von "Asylbewerbern" seien«* (TAZ, 25.8.92). Zur gleichen Zeit übrigens machten SPD und die Grünen Seiters für die massenhafte Verschleppung von Asylanträgen beim Zirnsdorfer Bundesamt verantwortlich; diese solle offenbar die »Asyldiskussion« anheizen.

Die sozialdemokratische Variante in der Person von Kanzlerkanidat Engholm bedauerte zwar die Gewalt etwas stärker als seine christdemokratischen Kollegen, kam dann aber auch zum Wesentlichen: der Änderung des Asylrechts. Die SPD-Führung entschied sich folgerichtig an dem Sonntag nach den Pogromtagen für die Änderung des Grundgesetzartikels.

Der Einzige, der aus diesem Kreis ausscherte, war der inzwischen ehemalige Sprecher der Landtagsfraktion Knut Degner. Er warf den Rostockern und Schwerinern Politikern *»Verantwortungslosigkeit, Ignoranz und men-*

schenverachtenden Zynismus« vor. Er hatte im Gespräch mit dem Rostocker Innensenator Magdanz (SPD) die Gewißheit bekommen, daß die Verantwortlichen die Zustände in Lichtenhagen bewußt zu diesem explosiven Punkt haben kommen lassen, *»um weitere Asylbewerber vom Kommen abzuhalten«*. Doch die rassistische Stimmung ist schon so weit geschürt, daß ein Pogrom wie in Lichtenhagen gesellschaftsfähig wird. Millionen FernsehzuschauerInnen konnten die Angriffe am Bildschirm verfolgen, keiner der verantwortlichen Politiker brauchte zurückzutreten – der einzige, der seinen Hut nahm, war der SPD-Pressesprecher Degner.

Den VertreterInnen der großen Parteien geht es nicht nur um die Abschaffung des §16 des Grundgesetzes, der das Recht auf Asyl garantiert. Sie wissen sehr wohl, daß das, was sie der Bevölkerung hier als kurzfristige »Lösung des Flüchtlingsproblems« anbieten, keine ist. Es ist ein Ausgangspunkt für eine massive Verschiebung der bundesdeutschen Verhältnisse nach rechts, wobei die verschärfte Gangart gegen Flüchtlinge, wie die geplanten Massendeportationen von Roma und Sinti im November '92, nur einen Bereich darstellen. Im Anschluß an das Rostocker Pogrom preschte die CDU mit neuen Vorschlägen zur Verschärfung der Sicherheitsgesetze vor, die sicher nicht das Ziel der Eindämmung von faschistischer Gewalt haben. Die soziale und politische Situation in der BRD ist durchaus heikel, wie Erklärungen der Politiker in der Zeit um den Rostocker Pogrom deutlich machten. Bundeswirtschaftminister Möllemann kündigte am 31.August an, daß in verschiedenen Bereichen der deutschen Wirtschaft eine Rezession ins Haus stehe und der »Aufschwung Ost« noch mehrere Jahre warten müßte. Gefolgt wurde dieser Beitrag »zur Lage der Nation« mit Vorschlägen, wie den Beschäftigten am besten das Geld für die Finanzierung der Einheit aus der Tasche gezogen werden könnte: Investivlöhne, Solidarbeiträge, Steuererhöhung und Aushöhlung der tariflichen Rechte. Doch von der Bevölkerung wird diesem Angriff nicht viel entgegengesetzt und es ist keine gesellschaftliche Kraft sichtbar, die den berechtigten Unmut zur Entwicklung eines Kampfes für soziale Verbesserungen nutzen könnte.

In dieser Situation erfüllt die freigegebene Jagd auf »Scheinasylanten« wunderbar die ihr zugedachte Funktion, den Unmut und Frust der Bevölkerung gegen nichtdeutsche Feindbilder abzulenken. Die eigentlichen Verursacher der sozialen Krise erscheinen gar nicht auf der Bühne. Der als Sündenbock ausgemachte »Wirtschaftsasylant« ist zur einfachen Zielscheibe frustrierter Jugendlicher und deutscher SpießerInnen geworden. Die Beispiele des »ausländerfreien« Hoyerswerdas und Lichtenhagens versprechen leichte Erfolge beim Treten nach unten und beleben den deutschen Nationalismus und Rassismus als Massenerscheinung. Und die Rechnung geht vorerst auf: es gibt wenig Widerspruch aus der Bevölkerung gegen die Anti-Asyl-Kampagne, viele sehen in den Flüchtlingen das Problem und nicht im erstarkenden Faschismus. So gab es keinen Protest von Hunderttausenden, als in Lichtenhagen fast ein hundertfacher Mord durch Faschisten und ihre aufgeputschten Sympathisanten begangen wurde.

Die Herrschenden spielen wieder mit den faschistischen Kräften, in der Hoffnung sie für ihre Zwecke einsetzen und sie kontrollieren zu können. Welch gefährliches Spiel dies bedeutet, dazu brauchen wir nicht extra historische Parallelen bemühen. Verglichen mit Hoyerswerda, konnten die Faschisten in Rostock mit einer erheblich verbesserten Struktur in die Ereignisse eingreifen. Die Gewaltwelle, die dem Pogrom von Lichtenhagen folgte und noch immer anhält, wird im folgenden Artikel beschrieben. Ebenso der Ausbau des paramilitärischen Netzes der Neonazis, den die AntifaschistInnen in naher Zukunft verstärkt zu spüren bekommen werden. ■





Redebeitrag auf der antirassistischen Demonstration in Lichtenhagen am 29.8.1992

»Die lustigen Zuschauer, die finde ich am schlimmsten«

Tinh aus Lichtenhagen und aus Vietnam am 25.8.92 während des Pogrom

In der Glotze steht Rudolf Seiters neben Helmut Kohl und reibt sich die Hände.

Lothar Ku-Klux-Klan, der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern reibt sich die Hände.

Peter Magdanz in Schlips und Parka stellt sich vor die noch rauchenden Wohnzellen, labert und macht politisch seinen Schnitt.

Und wenn ein paar Politiker wegen des Pogroms in Lichtenhagen ihre Posten räumen müssen, dann haben sie schon vorher über die Höhe der Abfindung verhandelt. Wahrscheinlich Ende Mai. Seit Ende Mai '92 hat die Konferenz der Innenminister der BRD mit Seiters aus Bonn über die Zuspitzung in Lichtenhagen gesprochen. Der Angriff, das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen war vorprogrammiert, von den Politikern an der Macht.

Und ihr? Und die, die mitgemacht haben? Oder zugeguckt, im Sonntagskleid, im Sonntagsanzug, die kleinen Kinder an der Hand?

Viele in Lichtenhagen denken, sie haben einen Sieg errungen. Einen Heil-Sieg. Und in Wirklichkeit? Was ist mit den Mieten? Und den 60, nein 50% Lohn im Vergleich zum Westen? Und der Arbeitslosigkeit? Und den Frauen, die zurück an den Herd sind? Und den Kindern, die ausflippen zuhause, unter der Fuchtel, niemand hälts mehr aus in den 2- oder 3-Raum-Wohnungen...

40 Jahre waren in der BRD, in Westdeutschland, die Neonazis unter der Kontrolle der Polizei. Die Geheimdienste haben V-Leute reingeschickt, die Organisationen im Griff gehalten und die Neonazis waren sowieso fast bedeutungslos. Die Altnazis saßen ja selber an der Regierung. Und heute? Seiters, Seite und wie sie alle heißen: Für sie haben die Neonazis jetzt mit einem Mal eine Bedeutung. Die holen die Kartoffeln für sie aus dem Feuer. Nützliche, gefährliche Idioten. Die sorgen dafür, daß die berüchtigte Hackordnung blüht und gedeiht:

- Oben ein Chef,
- dann der Vorarbeiter,
- dann der Facharbeiter,
- die Ungelernte, eine Frau natürlich, und
- darunter die berühmten »Kurzzeitbeschäftigten«.
- Dann, erst dann die Leute »in Fortbildung« und »in Umschulung«, oder in ABM,
- und auf der Straße die Arbeitslosen, die Vietnamesen, die jahrelang neben euch im Werk gearbeitet haben,
- und auf dem Rasen schließlich, ohne Klo, ohne Knete, die Roma und Sinti. Direkt neben dem Supermarkt.

Daß da was abgeht, ist keine Frage. Fragt sich nur zwischen wem: Nach unten treten! Nach unten ist es am leichtesten.

Viele von euch haben nach unten getreten, haben mitgemacht, mit gebrannntschatzt und mit geklatscht. Viele von euch waren da für das Grobe, und die herrschenden Politiker sitzen im Trockenen und reiben sich die Hände. Auch die Treuhand profitiert davon. Und die neuen Werftenbesitzer. Ihr habt – einige von euch haben – nicht die Wohnungen eurer Chefs und der Politiker angezündet, die für eure Misere verantwortlich sind. Ihr habt nicht deren Besitz verschrottet, sondern die Habseligkeiten eurer vietnamesischen Nachbarn.

Habt ihr euch geirrt? Nein. Wer Wohnungen von Flüchtlingen anzündet, der irrt sich nicht. Wer die Ärmsten angreift, der irrt sich nicht: Der wird schließlich – da sind wir sicher – der wird schließlich selbst angegriffen.

Ihr habt die Neonazis mit ihren mobilen Telefonen gesehen, sie waren hier, vor euren Häusern. Die waren organisiert, ihr nicht. Die haben eiskalt mit euch kalkuliert und mit den Herrschenden. Heute sind die Neonazis in der Bundesrepublik von Nutzen – für die Herrschenden! Nur deswegen konnten sie in Lichtenhagen so viele Tage wüten und dieses unsägliche Unheil anrichten.

Der Vietnamese Tinh sagt, als unter ihm die Wohnungen angesteckt sind und »Zugabe« gerufen wird: *»Wir wollen mit der deutschen Bevölkerung leben und hier bleiben. Aber wenn die Rechtsextremisten angreifen und wir eines Tages hier heraus müssen, dann suchen die Rechtsextremisten die nächste Stelle. Wir Ausländer sind die erste Stelle, dann kommen schon die Frauen und Kinder, oder auch die Behinderten. Die ein bißchen anders aussehen oder die ihnen geistig und körperlich unterlegen sind.«*

Es liegt an uns, an allen, ob das Spiel aufgeht. Das Spiel der Hackordnung und der abgebrannten Nachbar-Wohnungen. Die Hackordnung derer, die befehlen, aber andere die blutigen Taten ausführen lassen. Die Hackordnung, durch die eure Löhne, eure Mieten nicht besser werden. Die Hackordnung, die ihr Mitläufer, ihr Mittäter verlieren werdet, gegen die Frauen in den Familien, gegen die Kinder, die ihr einzwängt, gegen uns: Ob wir nun aus Rostock oder Stralsund kommen, aus Berlin oder aus Istanbul, ob wir einen deutschen Paß haben oder nicht, ob wir Lichtenhagener oder Dunkelhagener sind. ■

»Barbarei oder Menschlichkeit«

Mike, seit vielen Jahren aktiv in der britischen Antifa-Bewegung, vertrat bei der Rostocker Demo »Antifascist Action« und die internationale englischsprachige Zeitung »Searchlight«. In Britannien wurden am 9. November letzten Jahres nach den Übergriffen in Hoyerswerda Solidaritätsaktionen vor deutschen Einrichtungen durchgeführt, was nach dem Rostocker Pogrom fortgeführt wurde. Wir befragten Mike nach seinen Eindrücken kurz nach der Rostocker Demo.



Info: *Du hast gestern erwähnt, daß Deine Familie aus Deutschland geflüchtet ist. Mit welchen Gefühlen bist Du hierher gekommen?*

Mike: Immer wenn ich zurück nach Deutschland komme, habe ich sehr gemischte Gefühle. Ist es wie nach Hause kommen oder ist es etwas anderes? Und mit all diesen Vorfällen in Rostock war ich Freitagabend sehr nervös, als ich wieder im Flugzeug saß und über Berlin blickte. Als wir nach Rostock fuhren, hatte ich keine Vorstellung: Würden zur Demonstration jüngere oder ältere Menschen kommen, würden es nur einige wenige sein? Tatsächlich haben dann 20.000 Personen demonstriert, jüngere und ältere, Männer und Frauen, ein großer Querschnitt. Es tat mir gut, antifaschistische Brüder und Schwestern zu treffen und ich war froh, gekommen zu sein.

Info: *Ich denke, es gibt eine Menge Parallelen zwischen dem Progrom von Rostock-Lichtenhagen und der Geschichte Deiner Familie, die aus Rumänien kam?*

Mike: Ja, mein Vater war Rumäne und jüdischer Abstammung. Als er nach Deutschland kam, waren die Spannungen, der Antisemitismus und die Fremdenfeindlichkeit gegen ihn als Rumänen sehr stark. Er entschied früh, Deutschland zu verlassen. Dies war gut für unsere Familie, sonst hätten es viele von uns nicht überlebt. Einige aus unserer Verwandtschaft wurden im Holocaust umgebracht. Aber worauf es wieder hinweist – auf dieser Grundlage von Rassismus und Antisemitismus konnten die Nazis aufbauen und es macht mich besorgt zu sehen, wie sich deutsche Geschichte wiederholt.

Info: *Du hast Lichtenhagen und den Ort gesehen, wo sich das Heim für die Flüchtlinge und die vietnamesischen ArbeiterInnen befand. Wie konnte es zu den Übergriffen kommen und was ging Deiner Meinung nach in der Bevölkerung von Lichtenhagen vor?*

Mike: Was einem unmittelbar durch den Kopf geht, es muß eine völlig reaktionäre Gruppe von Leuten sein. Als die Faschisten reinkamen, gaben ihnen LichtenhagerInnen Unterstützung aufgrund ihrer ökonomischen Schwierigkeiten. Aber nachdem wir einige Zeit auf der Demonstration verbracht und vorher schon länger auf deren Beginn gewartet hatten, wurde klar, daß diese Leute Vorurteile haben, daß der Kampf aber noch läuft, ob sie sich auf die Seite der Faschisten schlagen. Und ich konnte sehen, als wir durch die Straßen liefen, die Haltung der Leute ist gespalten. Es war nicht klar, daß sie alle für die Faschisten waren, so wie es in Britannien zum Beispiel berichtet wurde. So war es nicht.

Info: *Als Du gestern die Demonstration sahst – was für einen Eindruck hast Du von der antifaschistischen Bewegung?*

Mike: Sie hat mich sehr beeindruckt. Ich bin davon ausgegangen, daß vor allem junge Leute kommen würden und natürlich waren sie vertreten. Aber es war gut, daß solch eine Anzahl von Leuten mittleren Alters, aus meiner Altersgruppe und ältere, da waren. So ist ein wirklich guter Anfang gemacht worden. Das Problem ist, es liegt noch ein großer Berg vor uns – was den weiteren Kampf betrifft. Es ist ein guter Anfang und wir müssen ihn mit allen unseren Kräften in Britannien unterstützen. Und wir werden es tun.

Info: *Was ist die wichtigste Botschaft, die Du zu Deinen GenossInnen in Britannien mitnimmst?*

Mike: Information, genaue Information darüber, was passiert, denn es ist eine große Gefahr in Britannien, daß die Leute denken, daß alle Deutschen Rassisten, alle Deutschen Faschisten sind. Wir müssen ihnen erzählen, daß es eine bessere, eine anständigere Bevölkerung gibt, eine Bevölkerung, die von den 20.000 DemonstrantInnen vertreten wird. Wir müssen genauestens informieren darüber, was passiert, daß ein großer Kampf gegen Rassismus und Faschismus stattfindet. Und daß wir in Britannien ihn unterstützen können, ihn unterstützen müssen. Hierher gekommen zu sein und Solidarität gezeigt zu haben, ist nicht genug. Denn wir können die große Aufgabe, die vor uns liegt, sehen und es liegt in unserer Verantwortung bei Searchlight und Antifascist Action, alles zur Unterstützung Eurer Kampagne zu tun. Nach der Demonstration hatten wir sehr nützliche Diskussionen über die Möglichkeiten, mit denen wir in Britannien Eure Kampagne unterstützen können. Und die erste Sache wird etwas um den 9. November herum sein. Vielleicht eine Veranstaltungsreihe, vielleicht andere Dinge. Es liegt an den Brüdern und Schwestern in Deutschland, uns zu sagen, wie wir helfen können, denn wieder ist Deutschland mit einer traumatischen Bedrohung konfrontiert, eine Herausforderung, die nur Barbarei oder Menschlichkeit zuläßt, aber eine Herausforderung, die uns alle in Europa betrifft. Und wir brauchen eine europaweite Antwort. ■

Nach Rostock

Das »erfolreiche« Pogrom von Rostock-Lichtenhagen war das Fanal für eine nicht enden wollende Welle von Angriffen, Anschlägen und Mordversuchen in der BRD. Der Brand in dem VietnamesInnenheim war das Startzeichen für die zahlreichen Brandstiftungen gegen Flüchtlingsheime, deren Anzahl bis September diesen Jahres laut Verfassungsschutzangaben auf über 400 gestiegen ist.

Es nehmen wesentlich mehr rechte Jugendliche an den Aktionen teil als es organisierte Neonazis gibt. Während sie von Teilen der Bevölkerung dabei bejubelt werden ist der Organisationsgrad der lokalen und regionalen Neonazi-Szene seit dem Pogrom von Hoyerswerda deutlich angestiegen.

Die militanten und terroristischen Neonazis sind im Augenblick die Schrittmacher der Entwicklung, in deren Windschatten den sich demokratisch gebenden Nazis, wie REUBLIKANERn und DVU ein Populitätsaufschwung beschert wird. Durch die zunehmende Akzeptanz der Gesellschaft gegenüber den Neonazis, gehen diese einen Schritt weiter als zuvor, führen bewaffnete Wehrsportübungen im Fernsehen vor und gehen über zu gezielten Sprengstoffanschlägen.

Massenbasis für Nazis

Brandenburger Regierung im Dialog mit Neonazis

Auf das Pogrom von Rostock folgten die Angriffe der organisierten Neonazis der DEUTSCHEN ALTERNATIVE (DA) auf die Flüchtlingsheime in Cottbus und Eisenhüttenstadt und eine zunehmende Welle von organisierten Attacken und Mordversuchen gegen Flüchtlinge vorwiegend in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Die rassistische Welle griff schnell auf die drei weiteren neuen Länder über, um sich danach auch in Westdeutschland zu verbreiten. Das Muster der Polizeieinsätze im Ostteil ähnelte sich überall: Die HeimbewohnerInnen, teilweise in deutlicher Überzahl, wurden an ihrer Selbstverteidigung gehindert, die Polizei stellte sich vor den Heimen auf und ließ sich teilweise von 40 bis 50 Angreifern nächtelang attackieren, während zur Unterstützung angereiste Antifas oft sofort festgenommen wurden. Die Angreifer der Heime wurden zwar teilweise ebenfalls festgenommen, in der Regel aber sofort wieder freigelassen. Wenn eine Verurteilung stattfand, fiel diese mit Bewährungsstrafen oder kürzerer Zeit Jugendarrest äußerst milde aus. Entsprechend gewürdigt wurde das Engagement der Cottbuser DA um FRANK HÜBNER, RENE KOSWIG und KARSTEN WOLTER von dem brandenburgischen Ministerpräsidenten MANFRED STOLPE. Dieser reiste am 2. September zum Dialog mit Bürgern und RassistInnen nach Cottbus-Sachsendorf. Zumindest durch entsprechende Zeitungsmeldungen mußte Stolpe bekannt gewesen sein, daß die DA als Drahtzieher hinter den tagelangen organisierten Angriffen steckte und daß die TäterInnen ihre Angriffe, wie in Rostock, über Funkgeräte koordinierten. Durch seine Polizei mußte ihm bekannt gewesen sein, daß die DA eine Vorfeldorganisation der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF) ist und das die Straßenkampfgruppen dieser Organisation in der SA organisiert sind. Auf der Bürgerversammlung in der 8. Gesamtschule waren keine Flüchtlinge anwesend, dafür aber Frank Hübner mit Anhang. Stolpe verschaffte ihm Rederecht, worauf Hübner erklärte, daß mit der DA über friedliche Lösungen zu verhandeln sei. Gute Erfahrungen habe damit auch schon der Direktor der Gesamtschule gemacht, wo Hübner, nach anhaltendem Terror seines Anhangs, nach einem »Dialog« für Ruhe sorgte. Auch Stolpe war angetan von dieser Vorstellung und versprach dem Neonazi-Anführer: *»Wir gehen hier nicht, ohne das wir uns verabredet haben.«* Nachdem die DA auf diese Art und Weise als Ordnungsfaktor in Cottbus hoffähig gemacht worden war, bedankte sie sich mit der Einstellung der Angriffe auf das Sachsendorfer Flüchtlingsheim. Danach folgten nächtelange Angriffe auf die ZAST des Landes Brandenburg in Eisenhüttenstadt. Dort hatte die lokale Neonazi-Szene Verstärkung aus München, Spremberg und Guben erhalten. Stolpe sah auch zwei Wochen nach dem Gesprächsangebot an den Neonazi-Chef nicht ein, daß er irgendetwas falsch gemacht haben könnte.



Manfred Stolpe zum DA-Vorsitzenden FRANK HÜBNER: ***»Wir gehen hier nicht, ohne daß wir uns verabredet haben.«***

Rostock, Quedlinburg, Wismar: »Asylantenfrei«

In Quedlinburg, am Harz, sorgte der sächsisch-anhaltinische CDU-Innenminister Hartmut Perschau für einen weiteren Erfolg der Neonazis, als er nach tagelangen Attacken das dortige Flüchtlingsheim räumen ließ (siehe auch Artikel S. 20).

Seit dem 13.9. war das Asylheim in Wismar Ziel von allnächtlichen Attakken, denen ein Angriff auf Flüchtlinge außerhalb des Heimes vorrausgegan-

gen war. Die Angegriffenen verteidigten sich, was den »Volkszorn« von 50 Jugendlichen und AnwohnerInnen weckte. Der offene Haß der Bevölkerung schlug, wie fast überall in Deutschland, vor allen den Roma und Sintis entgegen, die schon während der NS-Herrschaft die ersten Volksgruppen waren, die in den Konzentrationslager interniert wurden. Fast zwei Wochen später gaben die politisch Verantwortlichen Mecklenburg Vorpommerns die zweite Evakuierung eines Asylheims bekannt. 40 bis 50 rechte Jugendliche und Nazis brachten den »Rechtsstaat zur Kapitulation«, da die eingesetzten Hundertschaften nicht mehr taten, als sich bewerfen zu lassen und ab und zu mal jemand festzunehmen, um ihn gleich wieder freizulassen.

Anfang September flüchteten 120 AsylbewerberInnen aus Kremmen im Kreis Oranienburg, bei Berlin. In Kremmen besteht eine Ortsgruppe der NATIONALISTISCHEN FRONT (NF). Nach einem Angriff, einer Bombendrohung und zahlreichen Schickanen seitens der Ausländerbeauftragten und anderer Behörden des Kreises Oranienburg sahen die Flüchtlinge ihre Sicherheit nicht mehr gewährleistet.

Diese Verhaltensweisen der verantwortlichen Behörden sind eine aktive Unterstützung der Neonazis und ein Signal an sie, weiterzumachen. Es passt den politisch Verantwortlichen in den Kram, wenn die Stimmung in der Bevölkerung und Politik weiter nach rechts abrutscht und 65% erklären sie seien »stolz Deutsche zu sein« (lt. Stern 40/92). Daß dabei das Leben der Flüchtlinge gefährdet wird, scheint erwünscht zu sein, auch um weitere Flüchtlinge abzuschrecken. Der nun entfesselte deutsche Rassismus wendet sich gegen die alten Feindbildern, gegen Sinti und Roma und überhaupt gegen alle Menschen, die keine Nordeuropäer sind. Der Antisemitismus tritt offener denn zuvor zu Tage und wird von militanten Nazis geschürt, wie z.B. durch den Brandanschlag auf die jüdische Ausstellung im ehemaligen KZ-Sachsenhausen. Die von Politikern und Polizeiführern möglich gemachten »erfolgreichen« Pogrome geben den RassistInnen und Neonazis einen Auftrieb, den sie in so kurzer Zeit aus eigener Kraft nicht erreicht hätten.

Vom Pogrom zum Terror

Die Neonazis nehmen die ihnen zugesteckte Trumpfkarten dankbar auf und führen vor, was sie noch so auf Lager haben. Neben den Angriffen größerer Gruppen werden zahlreiche Aktionen von Kleingruppen ausgeführt. In Holzhausen bei Leipzig brannten Neonazis Zelte nieder, aus denen sich die 50 AsylbewerberInnen gerade noch retten konnten. Unter den sechs Festgenommenen befinden sich auch zwei organisierte Leipziger Nazis der REUDNITZER RECHTEN. Der 22-jährige PIERRE RICHTER und der mit ihm befreundete KEVIN DANE haben gute Kontakte zur FAP-Leipzig und treten seit zwei Jahren bei zahlreichen Überfällen auf Linke und Flüchtlinge in Erscheinung. Anfang September brannte das Asylheim in Ketzin/Brandenburg völlig aus, die 44 HeimbewohnerInnen hatten ebenfalls Glück davonzukommen.



Das sind die Reste des Zeltlagers für Asylbewerber bei Leipzig. Mehrere Jugendliche hatten es angezündet. Die Asylbewerber konnten sich in Sicherheit bringen. Sechs der Täter wurden festgenommen.

Verstärkt finden aber auch Sprengstoffanschläge statt, für deren Herstellung mehr Wissen und Ausbildung notwendig sind, als für die Erstellung eines Molotow-Cocktails. Am 30.8. wurde auf das Mahnmahl gegen die Deportation der Berliner Jüdinnen und Juden an der Berliner Putlitzbrücke ein Sprengstoffanschlag verübt. Seit vier Jahren ist dieses Denkmal Ziel neofaschistischer Aktionen. Bei den drei Berliner Tatverdächtigen aus den Bezirken Wedding und Kreuzberg wurde ein umfangreiches Waffenarsenal, inclusive Handgranaten, Sprengstoff und Schußwaffen, sichergestellt.

Am 15. September wurde in der Außenstelle des Landesaufnahmelagers des Saarlandes in Saarlouis ein Sprengsatz entschärft. Ein anonymer Anrufer hatte auf die Rohrbombe hingewiesen, die mit einem Zeitzünder versehen war. Die Wirkung dieser Bombe, im Falle einer Explosion, beschrieben Experten als katastrophal für die 100 Flüchtlinge und erklärten, daß es sich um eine professionelle Qualität handele. Vieles deutet darauf hin, daß jetzt der Zeitpunkt für den Terror organisierter und ausgebildeter Nazis gekommen ist.

»Wehrsport« im Fernsehen

So sah auch der 31-jährige Vorsitzende der thüringer GdNF-Gruppierung DEUTSCH NATIONALE PARTEI, Thomas Dienel die Zeit gekommen, bewaffnete Wehrsportübungen dem Fernsehmagazin Spiegel-TV zu präsentieren. Auf Anlagen der Bundeswehr werden von diesen Wehrsportgruppen gezielt Angriffe auf Flüchtlingsheime und besetzte Häuser geübt. Vor laufender Kamera demonstrierten die Nazis den Einsatz von Schußwaffen, Nebelkerzen und TNT-Bomben. Zur Ausbildung gehört auch ein Nahkampftrainning mit Messern und ähnlichem Gerät. Diese Technik sei, so die »Wehrsportler«, schon zwei- bis dreimal beim Angriff auf Flüchtlingsheime »erfolgreich« eingesetzt worden.

Der Parteichef der DNP bestätigte die Existenz von mindestens drei solcher Wehrsportgruppen. In dem Interview gab Dienel noch zum besten, daß in der BRD bereits ein Bürgerkrieg herrsche und die DNP in der Tradition der SA der Jahre 1929 bis 1933 den Kampf gegen Linke und AusländerInnen aufnehmen würde. Die Staatsan-

waltschaft erließ aufgrund heftiger Proteste Haftbefehl gegen Dienel und die fünf im Film zu identifizierenden Nazis wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung nach §129.

Die Gründung dieser SA fand bereits 1989 im bayrischen Dingolfing statt, als MICHAEL KÜHNEN eine Handvoll seiner Mitglieder auf den Treueschwur der NSDAP vereidigte. Unter den Anwesenden waren damals führende Neonazis aus der DA, dem späteren DEUTSCHEN HESSEN, dem NATIONALEN BLOCK und anderen GdNF-Unterabteilungen vertreten. Öffentlich bekannt ist, daß seitdem Wehrsportlager zum Aufbau der SA, die aus den *»männlichen Parteimitliedern ab 16 Jahren«* zusammengesetzt ist, in allen Teilen der Bundesrepublik und im benachbarten Ausland stattfinden. Bisher bestand anscheinend kein Anlaß für die Sicherheitsbehörden gegen diese SA vorzugehen, so daß sich die Gruppen in aller Ruhe formieren konnten.

CHRISTIAN WORCH und ARNULF PRIEM nutzten für ihren Werbefeldzug die ZDF-Sendung Heute Journal. Am Samstag den 26. September präsentierten sie ein Ausbildungslager der GdNF in einer ehemaligen NVA-Barracke, ebenfalls auf einem Bundeswehrgelände gelegen, in der Nähe von Berlin. Sie brauchten nach dem Auftritt Dienels keine Waffen mehr vorführen, sondern ließen die Kameras nur eine Ansprache von Priem »über Deutschland, die Ausländer und den Mehringhof«, Interviews und das Gelände filmen. Die Ausbildungslager der GdNF beeinhalten »theoretische Schulungen«, wie



»Vereidigung der SA« im Mai 1990. Fred Eichner (Nationaler Block) nimmt Thomas Brehl aus Hessen den Eid ab.

im Film gesehen, aber auch paramilitärische Ausbildungen, »Formalexerzieren und Wehrsport«. Das belegen Schulungsunterlagen der Berliner NATIONALEN ALTERNATIVE. Von weiteren regelmäßigen Wehrsportübungen



Thomas Dienel (l.v.l., er warb für die SA im Spiegel-TV) und Thorsten Schoenrock vom Deutschen Kameradschaftsbund treffen sich mit der GdNF-Führungsriege.

von Rechtsextremisten berichtete auch das »Hallesche Tagesblatt«. Demnach würde auf einem von den GUS-Truppen geräumten Teil des Truppenübungsplatzes Colbitz-Letzlinger Heide (nördlich von Magdeburg) an Wochenenden Wehrsportübungen stattfinden, an denen sich auch Gruppen aus Niedersachsen beteiligen würden.

Rückendeckung durch den Verfassungsschutz

Während der Verfassungsschutz bekannt gibt, daß der Höhepunkt der Nazi-Gewalt noch lange nicht erreicht sei und sich *»rechte und linke Gewalt gegenseitig«* hochschaukele, schaukeln sich einzig staatlicher Rassismus und Neonazi-Gewalt gegenseitig hoch. Die massive Einflußnahme der Neonazi-Organisationen auf die Angriffswelle wird bestritten. Hausdurchsuchungen fanden lediglich in Sachsen statt. Kurz darauf kündigte der mecklenburgische Ministerpräsident BERND SEITE Razzien gegen Rechts rücksichtsvoller Weise schon im Vorfeld an.

Der Chef des Brandenburger Verfassungsschutzes, WOLFGANG PFAFF, gibt immerhin inzwischen zu, daß Organisationen wie die NF in Brandenburg planmäßig vom Westen aus aufgebaut wurden und das von den Nazis eine Gefahr für die Demokratie ausginge. Waffenbeschaffungen und Wehrsportübungen von Neonazi-Gruppen würde es aber nicht geben. Herr Pfaff sollte sich fragen, ob er den Schwachsinn selbst glaubt. An fast jedem Wochenende findet im Land Brandenburg eine Wehrsportübung statt. Die bisher erfolgten Durchsuchungen einzelner Faschowohnungen sind reine Augenwischerei. Die pressewirksamen Ermittlungen nach 129a gegen die NF wegen der Gründung eines »Nationalen Einsatzkommandos« und die Ableger des »Ku-Klux-Klan« (KKK) in der BRD schleppen sich seit neun Monaten hin. Nach den Pogromen in Hoyerswerda und anderen Städten wurde die Einleitung dieser Ermittlungsverfahren als großer Erfolg verkauft. Bei der Durchsuchung von 21 Objekten in fünf Bundesländern fanden sich zwar sehr wohl belastende Unterlagen, die *»eine Zugehörigkeit zum KKK nahelegen«*, doch seitdem herrscht Funkstille. Die NF hat nach den Durchsuchungen ihren Mitgliedern Entwarnung gegeben. Der Aufbau einer eingespielten und bundesweiten schlagkräftigen Kadertruppe läuft indes ungestört weiter.

Nach den Pogromen in Rostock tauchten die gleichen Ermittlungsverfahren wieder in der Presse auf, um Aktivitäten des Staates gegen die rechtsextreme Szene zu suggerieren. Ein Eindruck der täuscht. So wurden von insgesamt sechs in den letzten beiden Jahren eingeleiteten 129a-Verfahren gegen elf Beschuldigte aus dem rechtsterroristischen Bereich alle wieder eingestellt. An der Beweislage kann es nicht liegen, eher am politischen Willen, den rechten Terror zu stoppen.

Die Organisierung der »Bewegung«

Tatsache ist, daß die Organisationen des gesamten faschistischen Spektrums schneller wachsen, als von ihnen momentan organisatorisch zu

bewältigen ist. Seit der rassistischen Angriffswelle nach Hoyerswerda haben die Kader fast sämtlicher Gruppierungen die Organisationsarbeit auf regionaler und lokaler Ebene verstärkt. So konnten im Gegensatz zu heute z.B. vor zwei Jahren regionale Aufmärsche nur durch massive überregionale Beteiligung durchgeführt werden. Durch diese Aufbauarbeit in kleineren regionalen Gruppen konnten wesentlich mehr neue Leute angelernt und in die überregionalen Organisationen eingebunden werden als je zuvor. Die organisatorischen Grenzen unter den Neonazi-Organisationen haben zudem erheblich an Bedeutung verloren und gerade auf regionaler Ebene, aber auch beim »Rudolf Hess Gedenkmarsch 1992«, findet eine intensive Zusammenarbeit statt.

Weiterhin hat, besonders im Ostteil der BRD, faschistische Organisierung einen Bewegungscharakter angenommen. Es bestehen neben parteimäßig organisierten Neonazis zahlreiche Cliquen von rechten Jugendlichen, die lose und durch informelle Kontakte an die Parteienstruktur angebunden sind. Im wesentlichen agieren diese Gruppen in regionalen Aktionsräumen, wobei sie in den meist ländlichen Gegenden mal dieses und mal jenes Heim angreifen. Weiterhin sorgen Nazi-Skin Konzerte, Hooligan-Randalen, Discobesuche oder auch Wehrsportlager, zu denen auch Nichtorganisierte eingeladen werden, für einen regen Kontakt zwischen Parteinazis und lose organisierten Gruppen. Der Zusammenhalt ist auch untermauert durch die prinzipielle Zustimmung den Parolen der Neonazis gegenüber: Laut einer Brandenburger Studie über »Jugendgewalt und Ausländerfeindlichkeit« stehen 42% der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren zu den Parolen »Ausländer Raus – Deutschland den Deutschen«.

Schon bei Meinungsumfragen nach dem Rostocker Pogrom zeigte sich der sprunghafte Sympathieschub für die faschistischen Parteien rechts von der Union, denen ca. 20% nun ihre Stimme geben würden. Eine nicht repräsentative Umfrage der Bild-Zeitung ergab sogar eine Zustimmung von 39% für den REPUBLIKANER-Chef FRANZ SCHÖNHUBER. Anfang September machte die FDP-Baden-Würtemberg den Faschisten JÖRG HAIDER, der der österreichischen Schwesterpartei FPÖ vorsteht, in einer Veranstaltungstournee hoffähig. Zwei Wochen später rechnete der Bundesfinanzminister THEO WAIGEL (CSU) der Öffentlichkeit nicht nur vor, wieviel Geld an den AsylbewerberInnen gespart werden könne, sondern frohlockt auch, daß die Wahlen nun »rechts von der Mitte« gewonnen würden. Die Hilfstruppen dieser nationalen Politik sind die organisierten Nationalsozialisten, denen grünes Licht zur Jagd auf Flüchtlinge, ImmigrantInnen und zunehmend auch auf Linke und AntifaschistInnen gegeben wird. Die Neonazis haben eine Massenbasis durch die »Thematisierung der Ausländerfrage«, die von oben gewollte Neubelebung des deutschen Rassismus und die tatkräftige Unterstützung von rechten Politikern erreicht. Die Massenbasis gilt es nun, in ihren Augen organisatorisch zu festigen. Diese organisatorische Festigung gilt es von Seiten der AntifaschistInnen weiterhin mit allen notwendigen Mitteln zu bekämpfen, wie auch die skrupellose Politik der Konservativen, die die Sturmtruppen für sich funktionalisieren. ■

Wie geht's weiter gegen den aufkommenden Faschismus

Nach der Zuspitzung des deutschen Rassismus und der Rechtsentwicklung, wie sie seit dem Rostocker Pogrom sichtbar geworden ist, tauchen auch für uns viele Fragen auf, wie wir uns gegen diese Verhältnisse am besten zur Wehr setzen können.
Es gibt noch kein zufriedenstellendes Diskussionsergebnis und so wollen wir hier nur einige Überlegungen und Auseinandersetzungen darstellen.

Die Ausgangslage

Die »demokratische Öffentlichkeit« in Deutschland ist, trotz der nun mehrjährigen deutlichen Anzeichen eines sich zuspitzenden Rechtsruckes, vom Ausmaß, des rasanten Tempos und der Schärfe dieser Entwicklung entweder überrascht oder damit einverstanden. Würde in dieser BRD wenigstens die "bürgerliche Demokratie" funktionieren, hätten hunderttausende auf den Straßen sein müssen und nicht nur 20.000 wie bei der bundesweiten Antifa-Demo in Rostock. Der Rassismus, der von einer Mehrheit in Deutschland getragen wird, macht viele »Demokraten« und Faschisten zu Bündnispartnern, auch wenn von einem Teil die Methoden der Nazis nicht befürwortet werden.

Die Rechtsentwicklung der vergangenen Jahre und die Begünstigung durch staatliche Stellen lassen viele Paralellen zu den 30er Jahren erkennen. Für uns steht fest, daß dieser bürgerlich demokratische Staat und seine VertreterInnen kein Garant gegen einen neuen Faschismus sind. Der Höhepunkt der Rechtsentwicklung ist noch nicht erreicht ist und wir haben uns auf einen langanhaltenden Kampf einzustellen.

Die Kräfte des bürgerlich demokratischen Spektrums, die zum Teil zur Aufpolierung des deutschen Image im Ausland gegen die Pogromstimmung auf die Staße gehen sind äußerst schwach. Als der Berliner Senat und die brandenburgische Landesregierung im September zum Trauermarsch für die Opfer der rassistischen Gewalt aufrufen hatten, kamen gerade 1000 TeilnehmerInnen, die saarländische Regierung schaffte es 500 TeilnehmerInnen nach Saarlouis zu mobilisieren.



Die »alte Linke« ist, sowohl in der BRD als auch in der Ex-DDR, angepasst, von der Zeit überholt und/oder in der eigenen Auflösung begriffen. Die verbliebenen Aufrechten sind von der Geschwingigkeit der Rechtsentwicklung größtenteil überrollt worden. Andererseits gibt es viele Menschen, die sowohl von der Nazi-Gewalt und dem Rassismus, als auch von den staatlichen Politikern angewidert sind.

Die Antifa

An vielen Ecken und Enden verstreut gibt es Grüppchen und Einzelpersonen, die den Ernst der Stunde begriffen haben, aber nur schwer Zugang zur organisierten Antifa-Bewegung finden. Das trifft vor Allem auf viele Jugendliche zu, die sich mit der berechtigten Wut im Bauch gegen die Nazis wehren. Der alltägliche organisiertere Widerstand wird hauptsächlich von antirassistischen Initiativen, Autonomen sowie Antifa-Gruppen getragen, die sich parteiunabhängig organisiert haben. Diese treten den Nazis gegenüber, versuchen sie an der Ausübung ihrer Gewalt zu hindern, organisieren Schutz vor Flüchtlingsheimen und greifen teilweise die Organisationsstrukturen der Nazis an. Obwohl die unabhängige Antifa-Bewegung, gemessen an der Rechtsentwicklung, relativ schwach ist, gibt es viele gute Ansätze, die in den letzten Jahren entwickelt worden sind und eine Vielzahl von Gruppen, die diese Arbeit unterstützen. Es gibt unterschiedlichste Gruppen, die aktiv sind: Jugendantifa-Gruppen, Frauen- und Lesben-Gruppen, Schwule, und viele jugendliche ImmigrantInnen. Es gibt erfolgversprechende Anfänge unabhängiger Antifa-Arbeit in den Gewerkschaften, es gibt kulturelle Veranstaltungen, Konzerte und Demos. Öffentlichkeitsarbeit wird nicht nur gegen Nazis und Rassismus geleistet, sondern auch zur Aufklärung über die Hintergründe, die zur staatlichen Begünstigung der Nazis führen.

Trotzdem ist es unsererseits nicht gelungen durch eine rechtzeitige Großmobilisierung das Pogrom in Lichtenhagen zu stoppen. Gegen die Vertreibung der Flüchtlinge aus Quedlinburg fanden zwei Demos statt und die Angriffe auf das Heim stoppten wenigstens solange, wie auswärtige Antifas in der Stadt waren. Nach Wismar, wo ebenfalls nächtelange Angriffe stattfanden, gab es unseres Wissen keine Mobilisierung mehr. Die meist relativ kleinen Antifa-Gruppen vor Ort sind, auf sich allein gestellt, zu schwach um gegen die Neonazis und die sympathisierende Menge einschreiten zu können. An diesem Punkt stellt sich verschärft die Frage nach einer wirkungsvollen Antifa-Organisierung, damit diese Gruppen durch regionale und bundesweite Antifa-Strukturen unterstützt werden können. Andererseits treten die Angriffe im Osten der BRD in solch einer Häufigkeit auf, daß es für Antifas derzeit nicht möglich ist überall zu sein.

Wenn AntifaschistInnen, Mitglieder antirassistischer Gruppen und andere Linke es jetzt schaffen besser zusammenzuarbeiten und sich gegenüber mehr Menschen, die Widerstand leisten wollen, zu öffnen, kann der Grundstein zu einer antifaschistischen Bewegung gelegt werden, die zwar vorerst eine Minderheit ist, aber kämpfen kann und sich nicht unterkriegen lassen wird. Das Ausmaß der rechten deutschen Entwicklung und das Anwachsen der Nazi-Organisationen unterstreicht die Notwendigkeit für alle Leute, die sich nicht anpassen, schweigen oder verstecken wollen, jetzt Position zu beziehen.

Notwendige Diskussionen

Während wir es auf der einen Seite für richtig halten jetzt den Widerstand zu organisieren und zu verbreitern, finden wir gleichzeitig auch verstärkte politische Diskussionen wichtig. Die antifaschistische und antirassistische Bewegung, aber auch die Linke insgesamt, muß sich auch von alten Argumentationsschwächen lösen. Ein paar Beispiele:

Unsere Argumente sind sehr oft nur moralisch, was sich unter anderem an den »Schämt Euch«-Rufen auf der Anti-Pogrom Demo in Lichtenhagen ausgedrückt hat. Das z.B. die Parole »Bleiberecht für alle« nicht ausreicht um gegen den Rassismus zu argumentieren wissen wir schon lange. Wenig entwickelt ist eine Argumentation unsererseits, die fordert die Fluchtursachen zu beseitigen und die klar aussagt, daß es ohne eine Änderung der Weltwirtschaftsordnung keine Lösung der Flüchtlingsfrage geben kann. Wenn dieses Problem nicht politisch gelöst wird, dann wird es Krieg der Industrienationen gegen die Völker der sog. Dritten Welt und Osteuropas geben. Wer diesen Krieg nicht will, muß dafür eintreten, daß die reichen Länder ihre Ausplünderung einstellen und das bedeutet in erster Linie, daß die Kapitalisten dieses Landes verzichten müssen.

Wir sind dafür, daß die Flüchtlinge in das reiche Deutschland kommen können, doch nur wenige haben sich bis jetzt darum gekümmert wohin sie dann gebracht werden und wie sie dort leben müssen. Die Wohlhabenen dieses Landes sorgen dafür, daß in ihre Stadtteile, die in der Regel die meisten Freiflächen aufweisen, keine Heime kommen, sondern lassen die Flüchtlinge in den ärmeren Bezirken unterbringen um sich beim Ausbruch von Konflikten dann die Hände zu reiben.

Es ist zwar auch immer wieder, nicht nur von uns, darauf hingewiesen worden, daß die sozialen Mißstände einen wichtiger Antrieb für die Rechtsentwicklung der ärmeren Bevölkerungsschichten ist. Doch dieses Wissen drückt sich wenig in der Praxis der Linken aus - ganz im Gegensatz zu den Rechten, die der Forderung nach »Ausländer raus« den »Mietenstop« hinzufügen. Ein sozialer Widerstand, wie er sich gegenwärtig gegen die Mieterhöhungen im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg entwickelt und sich auch gegen Nazis und Rassismus wendet, ist noch selten. Dort finden nach zwei großen Demonstrationen der Initiative WBA (Wir Bleiben Alle) in den verschiedenen Kiezen MieterInnenversammlungen statt, an denen viele »normale« BewohnerInnen teilnehmen und ein Forum für ihre Probleme sehen. Diese Thematisierung der sozialen Probleme zeigt Perspektiven für antifaschistisch geprägten Widerstand auf, der nicht nur moralisch argumentieren kann, sondern auch die sozialen Probleme ernst nimmt. ■



Mahnwache und Demo in Quedlinburg

Aus einem Bericht der Antifaschistischen BeobachterInnen Rhein/Main

Seit Montag, 7. September, wurden die 120 in der einzigen Unterkunft der Stadt untergebrachten Flüchtlinge aus Rumänien und Bulgarien von der deutschen Bevölkerung angegriffen. Im Laufe der Woche sammelten sich vor dem völlig heruntergekommenen Haus RassistInnen und bedrohten in der inzwischen bekannten Art und Weise die Flüchtlinge.

Am Donnerstag machten mutige Menschen aus Quedlinburg ihre erste Mahnwache. Am gleichen Abend demonstrierten 250 Autonome gegen Rassismus und die dortigen Zustände. Die Demo wurde aus dem Mob heraus mit einem Molli beworfen (nach Informationen von Polizei und Presse). Der örtliche Bürgermeister dementierte dies in einem Radiointerview und sprach davon, daß Quedlinburger Bürger linke Gruppen an ihrem Vorhaben gehindert hätten, und letztere so den Ort verlassen mußten...! Am Freitag abend stand eine Mahnwache von PazifistInnen unterschiedlicher Parteien und Organisationen vor der Unterkunft, ausdrücklich, um die Flüchtlinge durch ihre Anwesenheit zu schützen. Diese Mahnwache wurde dann im Laufe des Abends von der auf 500 Leute angewachsenen Menge mit Steinen und Leuchtspurgeschoßen angegriffen. Während des Angriffs der zwischen anderthalb und zweieinhalb Stunden dauerte, wurden ca. 30, zum Teil schon arg verletzte, PazifistInnen aufgefordert, die ausländischen Frauen aus dem Heim herauszugeben: *»Wir wollen nicht, daß hier noch mehr Kanackenbrut geboren wird, wir hängen die an den nächsten Baum.«* Es herrschte Lynchstimmung. Die sich schützenden, meist auf dem Boden liegenden, UnterstützerInnen der Flüchtlinge wurden aufgefordert, die Arme von den Gesichtern wegzunehmen, *»damit wir wissen, wer ihr seid«*. Als endlich ein Krankenwagen den »Schauplatz« erreichte, wurde der Fahrer aus dem Wagen gezogen und verprügelt, damit niemand wegfahren, geschweige denn medizinisch versorgt werden konnte. Der Einsatzleiter der Polizei erklärte dazu: *»Wir können nicht jeden einzelnen Bürger schützen, der sich in Gefahr begibt.«* Die persönliche Bedrohung der FlüchtlingsunterstützerInnen ging und geht napürlich im Alltag weiter. Sie werden beim Einkaufen angepöbelt, ihnen wird gedroht, oder, wie es Einem geschah, wegen geschäftschädigem Verhalten von der Arbeit entlassen. (...)

Am Samstag wurde zur Antifa-Demo mobilisiert und über den Mitteldeutschen Rundfunk wurde verbreitet, daß auch die Nazis mobilisieren würden (Anm. Info). 50 Meter vor der Flüchtlingsunterkunft entfernt wuchs die gaffende Menge auf ca. 250 bis 300 Personen an. Um ca. 19.30 Uhr erreichten die Menschen der Mahnwache das Haus, in dem noch ca. 30 Flüchtlinge untergebracht waren, die anderen waren auf eigene Faust geflüchtet. Als eine Reaktion auf die negativen Schlagzeilen die der Nicht-Polizeieinsatz am gestrigen Abend ausgelöst hatte, versprach die Polizei den Mahnwachenden einen Abstransport mit einem bereitgestellten LKW, *»falls die Lage zu brenzlig wird«*. An diesem Abend war relativ viel Polizei (ca. 200 bis 300) vor Ort. Die meisten »begleiteten« die Demonstration. (...) Wir haben die Ankunft der Demo an der Kreuzung in unmittelbarer Nähe der Unterkunft mitbekommen. Wir wissen nicht was bis dahin passiert war, wie sich die Polizei bis dahin verhalten hatte. Die Demo kam in relativ lockeren Ketten zu der Absperrung, wo sich bis zu diesem Zeitpunkt 300 RassistInnen versammelt hatten. Die erste Durchsage des Lautsprecherwagens war eine Auffordrung an die Polizei, sich und den Wasserwerfer zurückzuziehen und die »Provokation zu unterlassen«. Dazu sei gesagt, daß der Wasserwerfer mit abgeschaltetem Motor und ohne Licht an der Flüchtlingsunterkunft gegenüberliegenden Straßenseite geparkt war. Wir wissen natürlich nicht , ob es vorher zu den üblichen Provokationen durch die Polizei gekommen war, fanden allerdings, daß die Situation vor Ort nicht unseren sonstigen Erfahrun-

gen entsprach. So ist es z.B. nicht üblich, daß Polizisten sich drehtürartig zur Seite drehen, wenn Antifas einen Ausfall machen, um die Faschos zu kriegen, also dies weder verhindern noch den Leuten nachsetzen. Für die Demobeteiligten stellte sich die Situation sicher anders dar: Mit einem Konvoi in eine »feindliche Stadt«; die üblichen Polizeiformation drumherum; geschlossen zum Ort des Geschehens und dort die Polizeiketten und »Schaulustige«. Diese »Schaulustigen« hätten aber das Hauptangriffsziel – in Wort und Tat(?) – sein müssen, die Menge der normalen BürgerInnen, aus der heraus die beifallsunterstützten rassistischen Aktionen stattfanden. Von ihnen wurden die gehaltenen Reden mit höhnischem Lachen und entsprechenden Kommentaren verfolgt – der Gegner war eben nicht nur die Staatsmacht aus der uns üblichen Fixiertheit heraus. Der Redebeitrag bestand zu mehr als der Hälfte aus einer Aufzählung der Ereignisse der vergangenen Woche. Uns war unklar an wen sich diese Erzählung richtete: An die TeilnehmerInnen der Demo? Die waren deshalb dort hingefahren. An die Polizei? Die waren deshalb dort abkommandiert worden. An die umstehende Bevölkerung? Das waren Frauen und Männer, die sich in der einen oder anderen Weise an den Überfällen beteiligt hatten. Nach der Rede wurde noch versucht einige Faschos zu erwischen. (...) Nachbemerkung zu den Mahnwachen: Mit Transparenten »Auch ohne Ausländer bleiben die 'Probleme'«, »Keine Gewalt, reich den Flüchtlingen die Hand« ausgestattet und sich selbst in einer Märtyrerrolle erlebend, befanden sich die Mahnwachenden in der Minderheit und Defensive. Das drückte sich z.B. dann auch darin aus, daß überlegt wurde, ob die Überschrift des eigenen Flugblattes »Die dummen Argumente der Brandstifter« nicht zu aggressiv sei ... So wurde auch Furcht den DemonstrantInnen von außerhalb und selbst den Presseberichten über die Ausmaße der rassistischen Angriffe gegenüber zum Ausdruck gebracht: *»Das heizt die Stimmung an und wir kriegen es ab.«* Das ist natürlich politisch fatal, aber aus der Sicht der Betroffenen nachvollziehbar. Es war wohl die richtige Einschätzung, daß die Leute meinten: *»Hätten wir uns beim Angriff gegen uns gewehrt, wären wir totgeschlagen worden.«* Dementsprechend war die Einstellung gegenüber der organisierten Antifa-Demo zwar ängstlich, aber nicht ablehnend und ein Kontakt zwischen »Wessis« und »Ossis« wäre wohl angebracht gewesen. ■

Zum Begriff »Pogrom«

Im Zusammenhang mit den Ereignissen von Hoyerswerda, Mannheim, Rostock etc. wird uns vorgeworfen, wir würden den Begriff Pogrom inflationär gebrauchen. Warum wir sagen, in Deutschland findet gerade eine Welle von Pogromen statt, soll eine kurze Erklärung des Begriffs deutlich machen.

Pogrom kommt aus dem russischen und heißt eigentlich Massaker, Zerstörung. In andere Sprachen wurde es übernommen als Begriff für mit Plünderungen und gewalttätigen Ausschreitungen verbundene Verfolgung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe. (Vgl. »Neues Lexikon des Judentums«, Hrsg. Schoeps, Gütersloh 1992, S.366 f)

Obwohl der Begriff am häufigsten für solche Ausschreitungen benutzt wird, die sich gegen Juden richten, wird er sogar im hebräischen Sprachgebrauch verstanden als *»Unruhen, Mord- und Gewalttaten organisiert und gerichtet gegen ethnische oder gesellschaftliche Gruppen«* (so in einem hebräischen Bedeutungswörterbuch).

Klassische Pogrome sind die Ausschreitungen im zaristischen Rußland gegen Juden, mit Höhepunkten in den 1880er Jahren, dem großen Pogrom von Kischinew 1903, welches einen erheblichen Schub für die jüdische Einwanderung in Palästina zur Folge hatte, Ausschreitungen in über 700 Orten Rußlands als Reaktion auf die Revolution 1905.

Im Gefolge von Revolutionen und Bürgerkriegen nach Beendigung des I.Weltkrieges und als Teil des Weißen Terrors kommt es in etlichen Ländern Osteuropas zu Pogromen, so in der SU (insbes. Ukraine), Polen, Slowakei, Mähren, Ungarn und Rumänien.

In den Pogromen im zaristischen Rußland kommt deutlich zum Ausdruck, was unseres Erachtens – auch historisch – die wesentlichen Faktoren eines Pogroms sind:

● Ausschreitungen, getragen von einer »Volksmenge« im Rahmen einer Massendynamik. Häufig, nicht unbedingt, sind sie verbunden mit Plünderungen und persönlicher Bereicherung, also effektiver Linderung persönlicher Nöte auf Kosten gesellschaftlich Geächteter, getragen durch sozial Benachteiligte. Wichtig ist die schweigende, bejahende oder beteiligte Volksmenge, die den Hintergrund bildet und Pogrome von gezielten rassistischen oder politischen Einzeltaten unterscheidet.

● Das Startsignal wird von oben gegeben in Form von verstärkter Hetze gegen die als Sündenbock ausgemachte Gruppe. In Rußland z.B. durch die Zirkulation des antisemitischen Machwerks »Protokolle der Weisen von Zion«, das auch heute wieder weite Verbreitung in Osteuropa hat.

● Eine gewisse Organisation besteht, die sich des Stillhaltens oder gar der Unterstützung durch die Staatsmacht sicher weiß und die Ausschreitungen anheizt. Die älteren Pogrome wurden z.B. von Kosakenverbänden provoziert. Für die Pogrome 1905 waren die »Schwarzen Hundertschaften« verantwortlich, ab 1917 sind die Pogrome Mittel der Konterrevolution. Hier wird der

● Ablenkungscharakter deutlich, die soziale Funktion, die Pogrome haben, indem sie gesellschaftliche Unzufriedenheit gegen eine vorher diffamierte Gruppe kanalisieren.

Alle diese Momente treffen schon auf die Vorgänge zu, für die der Begriff ursprünglich geprägt wurde. Im Zarenreich sind Pogrome offensichtlich direkt eingesetzt worden, um Klassenkämpfe und soziale Aufstände zu verhindern.

Das Wort »Pogrom« paßt nur bedingt auf die weitgehend durch die SA organisierten und von der Bevölkerung weniger als erwartet aufgegriffenen Ausschreitungen des November 1938. In vollem Umfang trifft der Begriff aber zu auf die Angriffe von Hoyerswerda, Mannheim und die aufgehetzten Mobs, die nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen etliche Flüchtlings-Unterkünfte belagerten.

Pogrom 1938 – Kein Vergeben!

Der von den Nazis am 9. November 1938 durchgeführte Pogrom stellte einen weiteren Höhepunkt bei der Diskriminierung und Verfolgung von Juden und Jüdinnen im sogenannten Dritten Reich dar. Schritt für Schritt war die Ausgrenzung und schließlich die Verfolgung und Vernichtung vorbereitet worden. Gesetze und Aktionen auf der Straße gingen dabei Hand in Hand.

Die systematisch betriebene Verfolgung und Vernichtung von Juden und Jüdinnen gipfelte in den Entscheidungen der »Wannsee-Konferenz«, auf der am 20.Januar 1942 führende Nazi-Funktionäre die »Endlösung der Judenfrage« in Europa beschlossen. Schon bestehende Konzentrationslager wurden erweitert und technisch zu Massenvernichtungslagern umgerüstet, neue Lager errichtet. Die größten Vernichtungslager lagen in Polen: in Majdanek, Auschwitz, Sobibor, Belzec, Treblinka.... Insgesamt wurden bis Kriegsende über 6 Millionen Juden und Jüdinnen ermordet.

Die Rolle der Industrie

Das deutsche Kapital, das Hitler an die Macht gebracht hatte, profitierte von der »Ariesierung«, dem Raub von jüdischem Kapital, an dem riesigen Konzentrationsprozeß des Kapitals und an der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen, in der Rüstungs- und Chemie-Industrie. Es waren Firmen wie Degussa und IG Farben, die an der Lieferung des Massenvernichtungsmittels Zyklon B verdienten. Die Haupt-Profiteure von Faschismus und Krieg hießen Daimler, Siemens, Dresdner und Deutsche Bank, IG-Farben (heute BASF, Bayer und Hoechst), Krupp oder Thyssen. Obwohl ihre Rolle nach Kriegsende im Nürnberger Prozeß aufgedeckt wurde, wurden sie nicht zur Rechenschaft gezogen. Darüber schweigen sich deutsche Politiker heute gerne aus. (Zur Nachfolge der IG Farben siehe auch Artikel auf Seite 31.)

Das Jahr 1938

Die Hintergründe des November-Pogroms lassen sich nur richtig darstellen, wenn die Zusammenhänge zu einigen wichtigen Ereignissen des selben Jahres berücksichtigt werden. Das Jahr 1938 brachte die Nazis in ihren Kriegsvorbereitungen um einige entscheidende Schritte weiter. Die bürgerlichen Regierungen Frankreichs und Großbritanniens setzten der faschistischen Expansion keine ernsthafte Gegenwehr entgegen. Im spanischen Bürgerkrieg, der seit zwei Jahren lief, gelang den faschistischen Truppen mit massiver Unterstützung deutscher und italienischer Truppen und Kriegstechnik ein entscheidender Durchbruch. Im März 1938 besetzte die deutsche Wehrmacht Österreich, das dem Nazi-Reich einverleibt wurde. Die bürgerlichen Demokratien duldeten es auch, als Hitler-Deutschland seine dreisten Gebietsansprüche gegenüber der Tschechoslowakei durchsetzte und am 1. Oktober 1938 das Sudetenland besetzte. Ende September hatten Hitler, Mussolini und ihre britischen und französischen Amtskollegen Chamberlain und Daladier ein Abkommen getroffen, in dem die »Neuordnung« Europas beschloßen wurde. Hier war das Schicksal der Tschechoslowakei, von Spanien und letztendlich Europas verhandelt worden. Die Nazis hatten für die Zusicherung im Westen Frieden zu halten, freie Hand nach Osten bekommen. Nur kurz darauf wurden mehr als 15.000 in Deutschland lebende polnische Juden und Jüdinnen Richtung Osten zwangsdeportiert. Die reaktionäre polnische Regierung weigerte sich diese Menschen aufzunehmen, die zwischen den Grenzen im Niemandsland ihrem Schicksal überlassen wurden. Unter den Deportierten befand sich die Familie des nach Paris emigrierten Herschel Grynspan. Dieser ging darauf in die deutsche Botschaft in Paris und schoß in blinder Wut den Botschaftsangehörigen von Rath nieder. Ob Grynspan aus eigenem Antrieb oder im Auftrag des deutschen Geheimdienstes gehandelt hatte, bleibt umstritten. Fest steht, daß es auch nach der Auslieferung an Deutschland nie zu einem Prozeß gegen ihn kam und seine Spur sich im Dunkeln verliert. Auf jeden Fall diente diese Tat den Nazis, ihren Pogrom zu rechtfertigen.

Der 9. November 1938

Der 9. November war geplant und vorbereitet. Was den Nazis gefehlt hatte war der passende Anlaß. Bevor im ganzen Deutschen Reich die Synagogen brannten, probte kurz vorher die SA in dem kleinen fränkischen Städtchen Leutershausen den Pogrom. Dort warf die SA am 15.Oktober 1938 (also noch vor dem Attentat) die Scheiben der Häuser jüdischer BewohnerInnen ein. Und am 17. und 18. Oktober stürmte die SA

die Häuser, die Synagoge wurde geplündert und in Brand gesteckt. Eine Rede von Goebbels, die er 1938 anläßlich einer Gedenkveranstaltung an den Hitlerputsch von 1923 hielt, gibt weiteren Aufschluß über das planmäßige Vorgehen der Nazis: *»Die Haltung Chamberlains und Daladiers in München, der Empfang, der ihnen nach der Rückkehr bereitet wurde, ließen es als gewiß erscheinen, daß eine Ausnutzung des Attentats zur Verschärfung der Judenpolitik die außenpolitische Situation vielleicht kurzfristig stören, jedoch kaum nachhaltig verändern würde. Also konnte gehandelt werden.«* Als der deutsche Botschaftsangehörige schließlich an den Folgen des Attentats starb, gab die NSDAP-Führung das Signal für den Pogrom: Im ganzen deutschen Reich wurden Menschen jüdischer Abstammung mißhandelt, ermordet, verhaftet und in Lager verschleppt. Eine Vielzahl von Synagogen wurden in Brand gesteckt, Geschäfte geplündert und verwüstet. Und dies alles geschah, während die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung dazu schwieg oder sich an den Mißhandlungen und Plünderungen beteiligte. Nach damaligen offiziellen Zahlen wurden 91 Juden ermordet und rund 30.000 Menschen in Konzentrationslager verschleppt und mißhandelt. Außerdem wurden den Juden und Jüdinnen eine »Bußgeldzahlung« in Milliardenhöhe abgezwungen. Gegen keinen der Mörder wurde ein ordentliches Gerichtsverfahren durchgeführt.

Kriegsvorbereitung

Die Nazi-Propaganda versuchte unablässlich die eigenen Kriegsvorbereitungen und Expansionsgelüste hinter der Lüge zu verstecken, das deutsche Volk sei von innen und von außen bedroht. Zu den Hauptfeinden wurden »Weltjudentum« und Bolschewismus erklärt. Das Zusammenspiel von antisemitischer Aufstachelung und Verfolgung mit der gleichzeitig betriebenen Kriegsvorbereitung ist nicht zu übersehen. Eine Rede Hitlers, die er am 10. November 1938, einen Tag nach dem Pogrom, vor »Schriftleitern« der »Deutschen Presse« hielt, macht den Zusammenhang deutlich: *»Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch ein wenig umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann. Das heißt also, bestimmte Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: Wenn man das eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß es eben mit Gewalt abgestellt werden; so aber kann es auf keinen Fall weitergehen. Diese Arbeit hat Monate erfordert, sie wurde planmäßig begonnen, planmäßig fortgeführt, verstärkt. Viele haben es nicht begriffen, meine Herren; viele waren der Meinung, das sei doch alles etwas übertrieben. Das sind jene überzüchteten Intellektuellen, die keine Ahnung haben, wie man ein Volk letztenendes zu der Bereitschaft bringt, geradezustehen, auch wenn es zu blitzen und zu donnern beginnt.«* ■

Kein Vergessen!



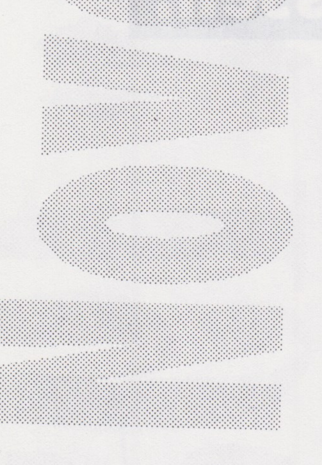
Teilstück des elektrisch geladenen Drahtzaunes im KZ Auschwitz



Die antifaschistischen Organisationen und Zeitschriften Stoppa rasismen (Schweden), Reflex (Frankreich), Anti Fascist Action und Searchlight (Großbritannien), sowie das Antifaschistische Infoblatt rufen gemeinsam dazu auf, den diesjährigen 9. November, den Jahrestag der Pogrome 1938, zum internationalen antifaschistischen Aktionstag zu machen.

Bereits in den letzten Jahren war es an diesem Tag zu Demonstrationen und Kundgebungen gekommen. Im letzten Jahr gingen bundesweit rund 100.000 Menschen auf die Straße und demonstrierten gegen den anwachsenden Rassismus. Es wäre wünschenswert, wenn AntifaschistInnen auch in diesem Jahr in möglichst vielen Städten mobilisierten und Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen durchführten. Kundgebungen soll es, ebenfalls wie im letzten Jahr, auch in anderen europäischen Ländern geben. Feste Zusagen gibt es bisher aus Schweden, Großbritannien und Frankreich. Auch einige Gruppen in Dänemark und den Niederlanden haben ihr Interesse an einer Koordinierung von Aktionen für diesen Tag bekundet. In Berlin planen AntifaschistInnen im Vorfeld des 9. November eine Veranstaltung mit internationaler Beteiligung.

9.November
Internationaler antifaschistischer Ationstag



Staatlich geschürter Rassismus

Durch das Schengener Abkommen, zu dessen Erstunterzeichnern BRD gehört, und weitere EG-Beschlüsse, ist in den letzten Jahren die europäische Asylrechtspraxis verschärft und vereinheitlicht worden. Dazu gehört auch, daß Grenzkontrollen und Austausch von Daten und Informationen ausgebaut und vereinheitlicht wurden. In Deutschland wurde ein neues sogenanntes Ausländergesetz verabschiedet und die Einführung des Wahlrechts für AusländerInnen verhindert.

Die »Asyl«-Kampagne des Sommers '91 wurde gleichermaßen von Unions- und SPD-Politikern betrieben. Ob im »Spiegel« oder in der »Bild«, die Botschaft war überall die gleiche: Das deutsche Boot wäre voll. Es war von Abschreckung die Rede und der Einsatz von Militär an den Grenzen wurde öffentlich »angedacht«. Und in der Tat: Eine auf Abschreckung beruhende Ausländerpolitik, die EG-Europa vor den Fluchtbewegungen abschotten will, führt in der Konsequenz u.a. zur militärischen »Lösung« entlang der Grenzen dieses Europas.

Dies bestätigte sich im Sommer 1991 in Italien, als in der Hafenstadt Bari das Militär gegen Flüchtlinge aus Albanien eingesetzt wurde. Mittlerweile soll auch die Nato, nach dem Vorbild dieser Aktion, im Mittelmeer den Einsatz gegen Flüchtlinge üben.

Die Bilder aus Bari, die über die Bildschirme flimmerten, standen am Beginn einer bis dahin nie dagewesene Welle von

Anschlägen und Angriffen auf Flüchtlingsheime in Deutschland im letzten Herbst. Nach Hoyerswerda einigten sich Spitzenpolitiker von CDU/CSU, FDP und SPD auf eine Verkürzung der Verfahren für AsylbewerberInnen und auf die Einrichtung von Sammellagern. Auf eine Änderung des Grundgesetzes konnten sich die Parteien noch nicht einigen. Es waren die diesjährigen Angriffe u.a. auf das Rostocker Flüchtlingsheim nötig, um die SPD-Spitze auch hier auf »Linie« zu bringen, bzw. ihren Rechtsschwenk zu legitimieren. Ein Ende des Karussels, bei dem sich der rechte Straßenterror und staatlicher Rassismus gegenseitig hochschaukeln und die Argumente liefern, ist nicht abzusehen: Für Anfang November werden Massenabschiebungen erwartet, von denen überwiegend Roma betroffen wären. Presseberichte aus dem In- und Ausland erhärten diese Vermutung.

Diese Abschiebungen macht ein gerade geschlossenes Abkommen zwischen Deutschland und Rumänien möglich. Während das Abkommen für die deutsche Regierung Modellcharakter hat, mit dem osteuropäische Flüchtlinge abgehalten werden sollen, erhofft sich Rumänien durch seine Haltung wirtschaftliche Hilfe zu erkaufen. Daß von der zu befürchtenden Massendeportation der Roma ein Volk betroffen ist, das bereits vor und besonders während der Nazi-Zeit unter Verfolgung gelitten hat, bereitet deutschen Politiker keine schlaflosen Nächte.

Brandstifter sind die Herrschenden in Deutschland

Die Entwicklung in Deutschland ist der Schrittmacher für das Anwachsen von Nationalismus und Faschismus in Europa. Dabei spielt es weniger eine Rolle, daß die faschistischen Parteien hierzulande (noch ?) weniger Mitglieder und WählerInnen haben als z.B. in Frankreich. Die Rolle der BRD muß vor dem Hintergrund ihrer ökonomischen Bedeutung, ihres politischen Einflusses und ihrer Geschichte gesehen werden. In diesem Jahrhundert wurden beide Weltkriege vom deutschen Kapital entfacht. Die Machtelite dieses Landes ist aber immer ungeschoren davon gekommen und bestimmt auch heute noch, wo es lang geht. Ziel des deutschen Kapitals war und ist die Neuordnung Europas unter deutschen Vorzeichen. Dies läßt sich ebenso am Beispiel des jugoslawischen Bürgerkrieges ablesen, wie an der »Harmonisierung«, d.h. Angleichung und Verschärfung der europäischen Flüchtlingspolitik.

Es geht um mehr als Asyl

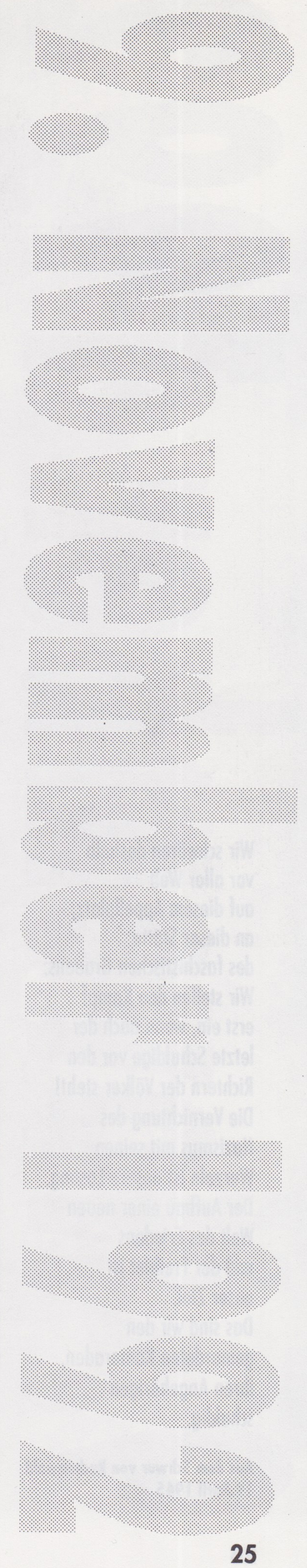
Die heutigen Brandstifter auf den Regierungsbänken und auf der Straße zielen mit ihren Mordtaten in Hoyerswerda, Mannheim, Rostock und anderswo nicht allein auf die vor Krieg, wirtschaftlicher Not und politischer Verfolgung geflohenen Menschen. Die Pogrome stehen im Einklang mit den weiterreichenden Interessen staatlicher Politik. Die Brutalisierung der Gesellschaft ist Bestandteil dieses Herrschaftskonzepts. Dabei ist Rassismus nicht das einzige Spaltungsinstrument, dessen sich bedient wird, um von den realen Machtverhältnissen und den Ursachen der ökonomischen Krise abzulenken.

Der Verschärfung des Klimas nach innen entspricht ein aggressiveres Vorgehen der BRD in der Außenpolitik. Während es innenpolitisch um den Abbau von Grundrechten und eine großangelegte Umverteilungspolitik geht, in der u.a. soziale Leistungen abgebaut und die Löhne eingefroren werden, wird außenpolitisch der Weg für künftige Kriegseinsätzen der Bundeswehr außerhalb ihres bisherigen Einsatzgebietes freigemacht.

Die Lage ist ernst. Ernst vor allem für die von Angriffen und Abschiebungen bedrohten Flüchtlinge, aber auch für einen immer größer werdenden Teil der linken und fortschrittlichen Kräfte in diesem Land, die mit dem Rücken zur Wand stehen. Die Pogrome sind der Prüfstein für jeden aufrechten Menschen, nun aufzustehen und Widerstand auf allen Ebenen zu leisten. Die AntifaschistInnen haben sich auf einen langen Kampf einzustellen.

Widerstand über die Grenzen hinweg

Zu einer langfristigen antifaschistischen Perspektive gehört die Entwicklung internationaler Solidarität. Dies beinhaltet neben der Zusammenarbeit von AntifaschistInnen verschiedener Länder, die sich ansatzweise zu entwickeln beginnt, auch, die weltweiten Ausbeutungsverhältnisse als Fluchtursache zu thematisieren. Internationale Solidarität ist gerade auch ein Mittel, die eigenen Kräfte zu stärken. Wir können von den Erfahrungen anderer Kämpfe lernen und Zusammenhänge aufzeigen und bewußt machen. Wohin wir auch in Europa blicken: Überall wachsen Rassismus und Nationalismus, aber auch der Widerstand dagegen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die braunen Drahtzieher ihr Netzwerk international gespannt haben. Rostock war auch hierfür ein Beispiel (siehe Artikel zu Rostock). Wir können die Nazis wirkungsvoller bekämpfen, wenn wir unser Wissen und unsere Erfahrungen mit AntifaschistInnen in anderen Ländern austauschen. Für die Situation in Deutschland kommt hinzu, daß internationaler Druck auf die Regierung, der durch eine breite internationale Öffentlichkeit über die Vorgänge in Deutschland geschaffen wird, uns bei der Auseinandersetzung mit diesem Staat den Rücken stärkt.





Die Aufgaben der Antifa

Wir wollen am Schluß kurz anreißen, was unseres Erachtens in den kommenden Wochen und Monaten an Aufgaben auf die AntifaschistInnen zukommt. Wir müssen Anlässe wie den 9. November nutzen, unsere Vorstellungen bekannt zu machen und für ein gemeinsames Vorgehen der antifaschistischen Kräfte zu werben.

1. Kein Vergeben! Kein Vergessen! Die Verantwortichen und Nutznießer des Pogroms von 1938 müssen ebenso benannt und in Erinnerung gerufen werden, wie die Verantwortlichen in Staat und Politik für das Pogrom 1992 in Rostock.

2. Die Organisierung und Vernetzung des antifaschistischen Widerstandes in der BRD und international muß vorangetrieben werden.

3. Tatkräftige Unterstützung für Flüchtlinge und AntifaschistInnen, die in ihren Stadteilen und Gemeinden mit dem Rücken zur Wand stehen, mit dem Ziel die Selbstorganisation der Bedrängten zu stärken.

4. Kampf dem Faschismus auf allen Ebenen. Der Aufbau faschistischer Organisationen und Strukturen muß mit Mitteln der Aufklärung und in der direkten Konfrontation bekämpft werden.

5. Der staatliche Rassismus, der den wachsenden Faschismus begünstigt, muß verurteilt und bekämpft werden. Den von der BRD-Regierung geplanten Massenabschiebungen von Roma und anderen müssen wir breiten Widerstand entgegensetzen.

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freihiet ist unser Ziel. Das sind wir den gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.

Aus dem Schwur von Buchenwald 19.April 1945



1992 ist es wieder soweit:
Die von Faschisten im September niedergebrannte Baracke und Gedenkstätte im Konzentrationslager Sachsenhausen. Eine Vielzahl ähnlicher Anschläge und Schändungen sind seit Jahren an der Tagesordnung, sei es der Anschlag auf die Gedenktafel an der Putlitzbrücke in Berlin-Moabit oder die Verwüstung jüdischer Friedhöfe und Grabsteine.

Stoppt den Nazi-Aufmarsch in Halbe

Seit zwei Jahren marschieren hunderte von uniformierten Nazis am Volkstrauertag im brandenburgischen Halbe auf. Der Soldatenfriedhof von Halbe ist zu einem Wallfahrtsort geworden an dem junge Neonazis auf den Geist der Waffen-SS eingeschworen werden und eine Wiederbelebung der alten NSDAP gefordert wird. Auch für dieses Jahr wird am Volkstrauertag, dem 15. November 1992, mit einem erneuten Aufmarsch sämtlicher militanter nationalsozialistischer Verbände gerechnet.

April 1945: Sinnlose Kesselschlacht der deutschen Wehrmacht

45 Kilometer südöstlich von Berlin fand zwischen dem 24. April und 1. Mai 1945 bei Halbe eine der letzten großen Kesselschlachten des II. Weltkrieges statt. Der Soldatenfriedhof von Halbe gilt mit den 22.000 begrabenen Soldaten als der größte in Deutschland. Hier liegen nicht nur deutsche Soldaten, sondern auch sehr viele Soldaten der Sowjetarmee begraben.

Wirklichkeit...



Tausende fünfzehnjähriger »Hitler-Jungen« werden im Westen Berlins geopfert, um den Nazibonzen einen Fluchtweg offenzuhalten.

Der SS-General FELIX STEINER gab den Befehl an sein III. GERMANISCHES PANZERKORPS und die deutschen Soldaten aus, sich nicht der weit überlegenden Sowjetarmee zu ergeben, sondern in aussichtsloser Position weiter für den »Endsieg« zu kämpfen. Unter den Gefallenen waren auch viele Jugendliche, die in den letzten Tagen des »Tausendjährigen Reiches« zum »Volkssturm« bestellt worden sind und Opfer der Durchhalteparolen der Nazis wurden.

Als im Jahr 1951 der damalige Pfarrer von Halbe eine Gedenkstätte auf dem Friedhof eröffnete, wurde dies von den staatlichen Stellen der DDR ignoriert. Während die geschichtlichen Fakten der Kesselschlacht von Halbe eine klare Sprache sprechen – zig-tausend Menschenleben wurden von den deutschen Generälen »verheizt« –, rankten sich Mythen der Alt- und Neonazis um diesen Ort. Schon vor 1989 war der Soldatenfriedhof zu einer geheimen Kultstätte der DDR-Neonazi-Szene geworden, die hier auch nach Waffen und Militaria-Gegenständen gebuddelt hatte.

Der erste Nazi-Aufmarsch 1990

Diese kleinen Neonazi-Gruppen erhielten im Jahr 1990 auch in Berlin und Brandenburg einen regen Zulauf. Unter Anleitung von Neonazi-Kadern aus dem Westen wurden aus den einzelnen Nazigrüppchen Ableger der verschiedenen Parteien und Organisationen. Am Volkstrauertag 1990 trat die organisatorisch gestärkte Neonazi-Szene das erste Mal im großen Stil auf dem Soldatenfriedhof von Halbe auf. Die Vorbereitung und Einladung hatte die Berliner Sektion der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT (DKG) in Zusammenarbeit mit den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) übernommen. Uniformierte Marschzüge der WIKING-JUGEND, Abordnungen sämtlicher Neonazi-Gruppierungen, die in Berlin und Brandenburg in Erscheinung getreten sind, prägten das Bild.

Für die Alt-Nazis des KAMERADENWERKES KORPS STEINER e.V., deren Mitglieder heute noch in Nazi-Organisationen Schwedens, Belgiens und Hollands aktiv sind, bietet der Aufmarsch die Möglichkeit für die Fortsetzung des Nationalsozialismus zu werben und Kontakte zu knüpfen.

1991: Vor den Nazis kam die Bundeswehr

Genau ein Jahr später kamen fast doppelt soviele TeilnehmerInnen »zu Ehren der Soldaten der Waffen-SS« angereist. Mehr als 600 Alt- und Neonazis zelebrierten eine »Heldenehrung« im Fackelschein, unterbrochen durch Trommelwirbel. Gedichte wurden vom Bundesjugendführer der WIKING-JUGEND zum Besten gegeben und die Anmelderin Frau Dr. URSULA SCHAFFER schwor die Teilnehmenden auf den Geist der Waffen-SS ein, der »Vorkämpferin für ein neues Europa«. Von sämtlichen der vertretenden Gruppierungen wurde Kränze niedergelegt, die mit NS-Symbolen bestückt waren.

Es war nicht die erste Kranzniederlegung dieses Tages an dem Denkmal auf dem Friedhof. Etwa zwei Stunden vor der Nazi-Feier legte eine Ehrenformation der deutschen Bundeswehr dort seine Kränze nieder und spielte dazu mit Blasmusik auf. Die Bundeswehr und die Nazis beziehen sich auf die gleiche militaristische Tradition. In der Vergangenheit hat es schon häufig Treffen zwischen der Bundeswehr und der HILFSORGANISATION DER EHEMALIGEN SOLDATEN DER WAFFEN-SS (HIAG) und auch dem Kameradenwerk Korps Steiner e.V. gegeben. So unterhielten sich die Bundeswehr-Angehörigen teilweise angeregt mit den ankommenden Faschisten. Von den Verantwortlichen der Bundeswehr ist noch keine Stellungnahme gegen das Auftreten von Nazis im Zusammenhang mit der Bundeswehrkranzniederlegung bekannt geworden.

...und Mythos



von Faschisten »geschmücktes« Soldatengrab in Halbe

Die Organisatoren und Teilnehmer des Aufmarsches

Der DKG fällt, wie schon erwähnt, die zentrale Vorbereitung des »Heldengedenktages« zu. Diese Organisation verfügt über weitreichende Kontakte von heute noch aktiven Mitgliedern der alten Waffen-SS, der NSDAP bis hin zu Kadern sämtlicher Neonazi-Fraktionen.

Ursula Schaffer

Frau Dr. Ursula Schaffer (80) ist trotz ihres hohen Alters eine der Zentralfiguren der Berliner Nazi-Organisationen. Sie verfügt nicht nur durch ihre langjährige Mitarbeit in der NPD, deren Kreisverband Berlin-Südwest sie vorsteht, über weitreichende Verbindungen zu der sich demokratisch gebenden Rechten. So führte sie in den Jahren 1971-1981 einen regen Briefwechsel mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Heinrich Lummer. Sie verfügt vor allem auch über hervorragende Kontakte zu allen Berliner Nazi-Organisationen der militanten Rechten, die regelmäßig an den DKG-Veranstaltungen teilnehmen. Der engere Vorbereitungskreis für Halbe wurde von Frau Schaffer, der Wiking-Jugend und der Nationalistischen Front gestellt, die den Ordnerdienst 1991 einwies.

Frau Dr. Ursula Schaffer (Bildmitte), die Anmelderin



Die Deutsche Kulturgemeinschaft

Die DKG wurde 1979 als Abspaltung des 1950 geschaffenen DEUTSCHEN KULTURWERKES EUROPÄISCHEN GEISTES (DKEG) gegründet und hat ihren Sitz in Graz, Österreich. Der Berliner Ableger der DKG wurde dieses Jahr in BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUSSEN (BKP) umbenannt, nachdem mehr über die Praktiken der DKG öffentlich geworden ist und eine Veranstaltung durch AntifaschistInnen angegriffen worden war.

Die DKG sieht ihre Hauptaufgabe in dem Aufbau einer »ausgebildeten Führungsmannschaft«, um eine erneute Machtübernahme durch die Nationalsozialisten möglich zu machen. Dazu führt sie regelmäßig Seminare durch und betreibt »Traditionspflege«, was nichts anderes bedeutet als die menschenverachtende Ideologie der Nazis und der Waffen-SS weiterzuverbreiten.

Der Ordnerdienst – Oliver Schweigert, GdNF, (1.v.l.); Reinhard Golibusch, NF, (mit Militärkappe) weist den Ordnerdienst ein und Uwe Noack, NSDAP-AO-Mitglied und aktiv in der HNG (rechts)



Auf überregionaler Ebene führt die DKG regelmäßig Gästewochen durch, zu denen führende Mitglieder und Ideologen der Wiking-Jugend, der spanischen CEDADE, der NATIONALEN FRONT aus Österreich und der NF aus Deutschland, NPD'ler, Geschichtsfälscher und historische Revisionisten eingeladen sind. Diese Treffen dienen einerseits dem Erfahrungsaustausch und andererseits der Ideologiebildung:

Auf der 16. Gästewoche der DKG im September dieses Jahres in Südtirol ging es in den Vorträgen um die *»sittliche Idee der Deutschen«* oder *»Nach Ostland geht unsere Fahrt – Ostpreußenvortrag«*. Man macht sich Gedanken über das *»Europa am Scheideweg«* und über den *»Rassegedanken im Aufbruch der Völker«*. Auf regionaler Ebene bezieht die DKG die örtlichen Kader der Neonazi-Organisationen in ihre Schulungsarbeit ein. Die Berliner Veranstaltungen der DKG wurden von Mitgliedern der NPD, der NA, der DA, der JN, der NF, der WJ und der FAP besucht.

Auf einer in Berlin-Kreuzberg geplanten Veranstaltung, die von Antifas verhindert worden war, sollte der Nazi-Ideologe ERNST-GÜNTER KÖGEL das Thema behandeln: *»Die One World droht - der One World Staat mit der Hauptstadt Jerusalem«*. In einem dazugehörigen Einladungsschreiben legt die DKG ihr faschistisches Weltbild und ihre Arbeitsmethode offen dar:

»Mit der [...] Überfremdung Europas durch Millionen fremdrassiger Kreaturen und der Kontrolle der Rohstoffe und Nahrungsmittel durch eine machtbesessene Clique sollen die Eigenarten der Völker verschwinden. Wer sich dem entgegenstellt, soll durch eine internationale Armada vernichtet werden«. Das Seminar sei ein *»absolutes Muß [...] für jeden, der einmal Führungsaufgaben übernehmen könnte oder will.«*

Die Wiking Jugend (WJ)

Die WJ wurde 1952 von den Nazi-Kadern geschaffen, um faschistischen Nachwuchs zu sichern. Führungspersonen der unterschiedlichsten Nazi-Organisationen haben bis heute diese Jugendorganisation durchlaufen.Schon ab dem Alter von fünf Jahren werden Kinder und Jugendliche in Ausbil-

dungslagern faschistischer Erziehung ausgesetzt. Ein großer Teil des organisatorischen Ablaufes des Aufmarsches wird von der Wiking-Jugend bestimmt. Der Trommel- und Fahnenzug der schwarz-weiß-rot uniformierten männlichen und weiblichen Mitglieder steht genauso im Vordergrund wie die leitenden Funktionäre WOLFRAM und WOLFGANG NAHRATH, sowie SEPP BIBER, der auch 1991 eine Ansprache hielt. In den letzten drei Jahren konnte die WJ ihre Organisationsstruktur auf große Teile der neuen Bundesländer ausweiten.

Anwesend bei den Aufmärschen in Halbe war auch der kaufmännische Angestellte und WJ- Mitglied UWE ROHWER, der im Mai 79 für schuldig befunden wurde, eine »Werwolf-Untergrundarmee« gegründet, Waffen beschafft zu haben und an Banküberfällen beteiligt gewesen zu sein. Im Zusammenhang mit Mitgliedern von Kühnens damaliger ANS wurde er zu 9 Jahren Haft verurteilt.

Die Wiking-Jugend tritt uniformiert an: der Trommelzug des »Fähnleins«



Die Nationalistische Front (NF)

Die NF trat letztes Jahr mit ca. 130 Mitgliedern an, die ihrem Vorbild am Schlachtfeld von Halbe, dem *»politischen Soldaten der Waffen-SS«*, huldigten. Die NF versteht sich in der SS-Tradition als Kaderorganisation, deren Mitglieder *»weltanschaulich-geistig und körperlich geschult«* werden. Während Ausbildungslager schon seit einigen Jahren auf dem NF-Programm stehen, gründete der bisherige Vorsitzende MEINOLF SCHÖNBORN 1991 noch zusätzlich ein NATIONALES EINSATZKOMMANDO (NEK). Das NEK soll in »kadermäßig gegliederten und hochmobilen Verbänden« operieren und zur *»Planung und Koordinierung von überraschend durchgeführten Aktionen eingesetzt«* werden. Gegen das NEK wird wegen Verdacht auf Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt. Mittlerweile gibt es Streit und Spaltung innerhalb der NF. Der neue Vorsitzende ANDREAS POHL versucht durch eine BÜRGERINITIATIVE HOHENSCHÖNHAUSEN die rassistische Stimmung gegen die dortige Zentrale Aufnahmestelle für AsylbewerberInnen (ZSA) zu schüren. Hohenschönhausen ist der einzige Stadtbezirk, in dem die NF 1991 zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen angetreten ist, sie erhielt dort jedoch nur 0,3% der Stimmen. Nach dem Wechsel in der NF-Führung soll der Sitz der Organisation nach Berlin verlegt werden.

Aus Kremmen bei Oranienburg, wo eine größere NF-Ortsgruppe besteht, flüchteten Anfang September diesen Jahres 120 Flüchtlinge nach Angriffen und Bedrohungen. Die NF hat gerade in kleineren Städten Brandenburgs wie auch z.B. in Schwedt, Königs Wusterhausen und Oranienburg Fuß gefasst. Der Ortsgruppe Königs Wusterhausen wurde im letzten Jahr ausdrücklichst von der Organisationsleitung für die Organisationsarbeit zu Halbe Gedankt.

Die Deutsche Alternative (DA)

Mitglieder der DA treten sowohl als Ordner, als auch in Marschformation in Halbe auf. OLIVER SCHWEIGERT aus Berlin-Lichtenberg war selbst an Überfällen auf Flüchtlingsheime beteiligt, wie am14. Februar 92 in Berlin-Buckow. Der ebenfalls mitmarschierende ARNULF PRIEM aus Berlin-Wedding übernimmt es, in der DA Schulungsvorträge in Wehrsportlagern zu halten. Auch die bis zur Bedeutungslosigkeit geschrumpfte NATIONALE ALTERNATIVE hat sich dieses Jahr auf den Aufmarsch mit der »Wehrübung Werhase« vorbereitet, um ihren Vorgesetzten Oliver Schweigert zu beeindrucken, wie aus internen Schreiben hervorgeht.Beide Gruppierungen sind Teil des weit verzweigten Netzwerkes der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF), deren Mitglieder sich für den Straßenkampf zu einer »SA« formiert haben. Seit 1989 finden dazu an vielen Ecken der BRD Ausbildungslager der GdNF statt. Erst im September 1992 präsentierte das Fernsehmagazin Spiegel-TV eine SA-Übung des GdNF-Ablegers in Thüringen, der DEUTSCHNATIONALEN PARTEI: Geübt wurde der Überfall auf eine Baracke mit Hilfe von Sprengstoff, abgesägten Gewehren und Nebelkerzen. Mitglieder der GdNF und ihrer angegliederten Organisationen waren sowohl an dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen beteiligt, wie auch an den folgenden mehrtägigen organisierten Angriffen auf das Asylheim in Cottbus-Sachsendorf oder an dem Pogrom von Hoyerswerda ein Jahr zuvor. Die Gruppierungen der GdNF sind zu dem mitgliederstärksten Organisationsnetz der militanten Neonazis gewachsen und treten in Brandenburg hauptsächlich durch die DA öffentlich in Erscheinung.

Die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Eine weitere größere Abordnung wird von der FAP gestellt. Berlin ist zu einem Schwerpunkt ihrer Organisationsarbeit geworden. Mitglieder dieser Organisationen sind, wie auch Mitglieder der oben genannten Fraktionen, an Überfällen auf Flüchtlinge, ImmigrantInnen, Linke, Schwule und Lesben beteiligt. Auch die FAP hält Wehrsportübungen ab und ihr Parteiprogramm ist quasi identisch mit dem Parteiprogramm der NSDAP Hitlers. LUTZ SCHILLOCK von der FAP aus West- Berlin kommt aus der Wiking-Jugend und nimmt seit mehreren Jahren an den Schulungen der DKG teil. Er steht in Halbe in erster Reihe. In Berlin rekrutiert die FAP besonders in Pankow und im Prenzlauer Berg, wo sie auch zu den Bezirksamtswahlen antrat.

Neben diesen Organisationen treten auch Mitglieder des KU KLUX KLAN Deutschland in Halbe auf, wie die Berliner Nazi-Rocker DIE VANDALEN, die auf ihren Visitenkarten das KKK-Zeichen führen. Führend beteiligt sind auch Funktionäre der JN, wie der Berliner ANDREAS STORR oder NPD-Mitglieder wie der Berliner HANS-JÖRG RÜCKERT. Auch Mitglieder der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT sind unter den Teilnehmern zu finden.

Die Kreuzriege: Lutz Schillock, FAP Berlin (2.v.l.), Hans Jörg Rückert sen., NPD (4.v.l.)



Die Landesregierung schaut zu

Der Aufmarsch von Halbe ist die zentrale Veranstaltung der organisierten Neonazis aus Brandenburg und soll zu einer bundesweit zentralen Aktion ausgeweitet werden. Daß die organisierten Nazis diesen Friedhof für ihre politischen Ziele benutzen konnten, haben sie auch der Genehmigung der Aufmärsche durch die Potsdamer Landesregierung zu verdanken. Aus sicherer Distanz beobachtete eine Handvoll Polizeibeamter die Verwendung von NS-Symbolen, Hakenkreuzen, Runen und ähnlichem. Nachdem die Bilder über den Nazi- Aufmarsch letztes Jahr öffentlich geworden sind, gab man sich in Potsdam erschrocken und gab vor, von nichts gewußt zu haben.

Angesichts des Verhaltens der brandenburgischen Landesregierung, die in zwei aufeinanderfolgenden Jahren der Verherrlichung der Verbrechen der Waffen-SS zusah und einer Bundeswehr-Delegation, die sich nicht von der Anwesenheit der Nazis stören läßt, ist ein Verbot durch die Behörden unwahrscheinlich. Die Verantwortlichen setzen die Politik des Verharmlosens und der Duldung fort. Das belegen die Aussagen des Brandenburger Chefs des Verfassungsschutzes PFAFF, daß im Lande keine Erkenntnisse über Nazi-Wehrsportübungen vorlägen. Tatsache ist: Regelmäßig führt die NF Wehrsportlager in Königs Wusterhausen und in der Märkischen Schweiz durch. Im Umland von Berlin veranstalteten die DA und die Kader der GdNF eine ganze Schulungsreihe in Wehrsportlagern, wie z.B. die NA in Müncheberg oder die DA auf ehemaligen NVA- und heutigen Bundeswehr-Gelände. In einer Diskussionsveranstaltung, kurz nach den von der DA gesteuerten Angriffen auf das Flüchtlingsheim in Cottbus-Sachsendorf, hat der Brandenburger Landeschef MANFRED STOLPE dem Bundesvorsitzenden der DA, FRANK HÜBNER, ein Dialogangebot gemacht: *»Wir gehen hier nicht eher, bevor wir uns verabredet haben.«* So werden Neonazi-Organisationen hoffähig gemacht.

Kundgebung gegen das militaristisch-faschistische Spekatakel in Halbe

Gegen den diesjährig erwarteten Aufmarsch mobilisiert ein Berliner »Antifaschistisches Bündnis« zur Kundgebung vor Ort. Für den Morgen des 15. November werden alle AntifaschistInnen aufgerufen, an dieser Verhinderungsaktion teilzunehmen. In ihrem ersten Aufruf kritisierte das Bündnis, daß sich auch die Antifa-Bewegung bis auf kleinere Ausnahm en die letzten beiden Jahre passiv gegenüber dem Aufmarsch verhalten hat. Das soll sich dieses Jahr ändern.

Wir gehen am 15. November in Halbe nicht nur gegen die organisierten Faschisten auf die Straße; wir prangern gleichzeitig ein Entwicklung an, bei der die Herrschenden der BRD sich immer offener auf die reaktionären und faschistischen Traditionen beziehen:

- Die Schaffung von Feindbildern, ein verstärkter Rassismus im Innern soll von den ökonomischen und politischen Schwierigkeiten ablenken. Das Asylrecht, im Grundgestz festgeschrieben, soll abgeschafft werden. Durch Kriminalisierung der Linken und der Antifa soll eine mögliche Alternative zu den bestehenden Verhältnissen schon im Vorfeld der zu erwartenden Auseinandersetzungen ausgeschaltet werden. Die organisierten Faschisten leisten dabei nützliche Dienste.

- Der wachsenden Aggressivität der Herrschenden im Innern entspricht das Expansionsstreben der BRD nach außen. Die Bundeswehr soll überall eingestzt werden dürfen. Auch zu diesem Zweck planen sie das Grundgesetz zu ändern. Ökonomisch und politisch gestärkt, tritt Deutschland als beherrschende Macht in Europa wieder in Erscheinung. Die Realisierung der unter den Trümmern des Weltkrieges begrabenen Hoffnungen und Ziele des deutschen Imperialismus, rückt wieder in greifbare Nähe. Hierin – verbunden mit dem Erstarken reaktionärer und faschistischer Strömungen und Organisationen – liegt die Gefahr für die Zukunft der BRD und Europas.

Wir rufen alle AntifaschistInnen auf sich an den Aktionen gegen den Nazi-Aufmarsch in Halbe zu beteiligen.

Antifaschistisches INFO

Kontakt des »Antifaschistischen Bündnisses gegen den Aufmarsch in Halbe«:

Infoladen Bambule
Schönhauser Allee 20 – O-1058 Berlin
und Antirassistisches Telefon Ostberlin:
4 26 94 51 (Do 17 -20 Uhr)

Weitere Informationen sind über das **»Koordinationsbüro für antirassistische und antifaschistische Initiativen«** zu erhalten.

Telefon 0 30/7 86 59 17



Auschwitz. Giftgasbehälter für Zyklon B, ein Produkt der IG-Tochter Degesch

Eigentlich nicht Ungewöhnliches in Treuhandzeiten: eine Firma steht in Abwicklung.
Doch es ist kein DDR-Betrieb und es dauert auch nicht einige Monate bis zwei Jahre.
Es handelt sich um die »Auflösungsgesellschaft« des größten deutschen Kriegsverbrecherkonzerns – und die wickelt sich schon seit vier Jahrzehnten ab.

IG FARBEN: negatives Echo kaum zu befürchten

Nach dem Alliierten-Kontrollratsbeschluß sollte der Mammutkonzern IG FARBEN, der einen wesentlichen Bestandteil der NS-Kriegs- und Vernichtungspolitik darstellte, entflechtet und abgewickelt werden. Das eigentliche Erbe und damit den Profit aus der blutigen Raubpolitik der NS-Zeit traten die IG-Teilkonzerne Bayer, BASF und Hoechst an, die damit bruchlos an ihre vorherige Tätigkeit anknüpfen konnten. Zugleich wurde die »IG Farben in Auflösung« gebildet, die die Liquidation des Konzerns betreiben sollte.

Doch die Liquidation dieser »Auflösungsgesellschaft« besteht darin, nach der Logik der kapitalistischen Marktgesetze möglichst viel Gewinn zu erwirtschaften und als kapitalistischer Konzern erst richtig loszulegen, bevor es zu einer Auflösung kommt. Gemäß dem letzten Geschäftsbericht verfügt die IG über 150 Millionen DM, die wiederum größtenteils gewinnbringend in Aktienpapieren und Beteiligungen angelegt sind. Vier Jahrzehnte kam die IG i.A. nicht an ihre alten Betriebsstätten heran. Doch damit soll jetzt Schluß sein. Kurz nach Mauerfall hatte die IG ihre Ansprüche angemeldet. Von den Allierten enteignetes Vermögen wird gemäß Vereinigungsvertrag nicht zurückerstattet. Doch das Bundesverfassungsgericht hat den Bundestag aufgefordert, über eine finanzielle Entschädigung in solchen Fällen nachzudenken. Das Entschädigungsgesetz, das in Bonn noch beraten wird, geht dann nicht von dem heutigen Verkehrswert des Boden aus, sondern legt den Einheitswert von 1935 zugrunde. Doch bei dem früheren Grundbesitz von 155 Mio. qm käme die IG immer noch auf eine Milliardensumme. Außerdem haben die Grundbucheintragungen der Enteignungen durch die sowjetische Besatzungsbehörde oft erst zu DDR-Zeiten stattgefunden, was der IG auf juristischem Gebiet nochmals Chancen eröffnet (für Enteignungen während der DDR-Zeit gilt Rückgaberecht). Die IG ist durchaus auf jahrelange Prozessierei erpicht, können sie in der Zeit doch ihr Kapital »arbeiten lassen«.

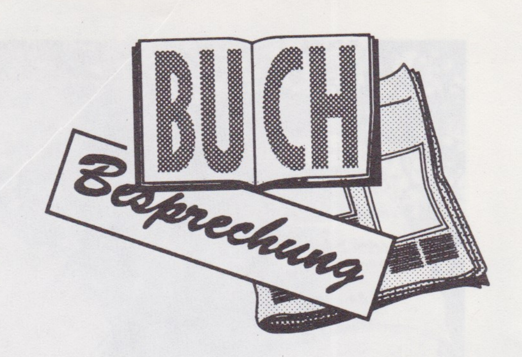
Die IG will in Bauvorhaben in Ostdeutschland investieren. Dem liegt zugrunde, daß in der ex-DDR ehemalige Eigentümer nur entschädigt werden, aber keinen Einfluß auf die Grundstücke haben, wenn sich ein Investor meldet, der auf dem Boden Arbeitsplätze schaffen will. Um mit dem größtmöglichsten Gewinn zu arbeiten – was die Liquidatoren als ihren Auftrag sehen – muß die IG als Investor auftreten, um die Grundstücke später mit mehr Gewinn verkaufen und so »abwickeln« zu können.

So ist es nur konsequent, daß sich seit ihrer Haupt- versammlung letzten Jahres die IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft nunmehr IG Beteiligungs- und Grund- besitz-Aktiengesellschaft nennt. Ehemals der IG gehörende Unternehmen werden zurückgekauft, worüber die IG dann neue Entschädigungsansprüche geltend machen will. Einige der IG-Untergesellschaften, die enteignet worden waren, hat die IG wieder ins Handelsregister eintragen lassen. Dort sind jetzt zu finden: Buna-Werke Schkopau, die Chemischen Fabriken Zscherndorf, die Zelloidfabrik Eilenburg und die Aluminiumwerke GmbH.

Offiziell ist der Auftrag der IG i.A., das Restvermögen zu verwalten und Schadensersatzansprüche zu regeln. Doch davon haben die Opfer kaum etwas zu sehen bekommen. Außer einer einmaligen Zahlung von 30 Mio. DM in den 50er Jahren geschah nichts. Diese Summe wäre gerade mal - würden wir nur den kleineren Teil der IG-Opfer, die im IG-eigenen KZ Auschwitz-Monowitz ermordeten Zwangsarbeiter, zugrunde legen – 1.200 DM pro Häftling. Vor der Presse hatten die Liquidatoren auf der Hauptversammlung letzten Jahres noch die Bildung eines »Ausgleichfonds« bekanntgegeben. Doch der wird an die erwartete Rückerstattungen aus der ex-DDR gekoppelt. 5% dieser Gelder soll zu gemeinnützigen Zwecken abgeführt werden. Konkreteres ist von der IG nicht zu hören.

Auch dieses Jahr haben wieder ehemalige KZ-Häftlinge vor der Jahresversammlung im August protestiert, ärgerlich für die »IG in Auflösung«. Doch ein "negatives Image" fürchtet der Liquidator Bartels laut Stern nur, wenn die IG-Aktionäre Rückgabeansprüche an polnische oder tschechische Firmen stellen. Offensichtlich ein Gedanke, mit dem in diesen Kreisen bereits gespielt wird. Daß das »negative Image« erst da einsetzt, zeigt wie weit es die IG i.A. bereits gebracht hat. ■

Bücher und Broschüren Zeitschriften und Infos



Multimillionär Frey und seine DVU

Die DVU hat ca. 20.000 Mitglieder und ist damit die größte offizielle neofaschistische Partei in der BRD. Viele der Mitglieder beteiligen sich auch in den fünf der DVU angeschlossenen »Aktionsgemeinschaften«, die da sind:

- AKON, Aktion deutsche Einheit
- IFA, Initiative für Ausländerbegrenzung
- ARF, Aktion deutsches Radio und Fernsehen
- VOGA, Volksbewegung für Generalamnestie Schutzbund für Leben und Umwelt

Die DVU gründete sich 1971 unter Beteiligung von mehreren NPD- und CDU/CSU- Mitgliedern. Vorsitzender wurde und ist Gerhard Frey. Gerhard Frey ist Zeitungsverleger der faschistischen Wochenzeitungen »Nationalzeitung« und der seit 1986 übernommenen »Deutsche Wochenzeitung«. Diese übernahm er von ehemaligen NPD Funktionären wie Waldemar Schütz und Adolf von Thadden. Mit einer Auflage von über 100.000 verkauften Exemplaren gehören beide zu den größten Wochenzeitungen der BRD. Beide erscheinen im Münchener »Druckschrift- und Zeitungsverlag« (DSZ Verlag), gedruckt wird im »Druckhaus Waiblingen«.

Weiterhin besitzt Frey einige Mietshäuser in München und Berlin. In Berlin sind es mindestens 22 Häuser. Als Vermieter nutzt er die Angst und Unwissenheit der MieterInnen aus, um überhöhte Mieten zu fodern. Ende Mai hat sich ein MieterInnen-Kommitee gebildet, um gegen Frey und seinen HausverWalter Jürgen Thiele vorgehen zu können.

Nicht nur bei der Gründung der DVU sind NPD - CSU/CDU - Mitglieder beteiligt gewesen sondern auch heute noch stehen sie in engem Kontakt. Außerdem bestehen Verbindungen zu den Republikanern, zur SS HIAG, zur FAP, zur Altnaziszene, zu Internationalen Faschisten und noch einigen mehr, die hier nun nicht weiter aufgeführt werden sollen. Denn wenn Ihr mehr über Frey und die DVU wissen wollt, so bestellt Euch die Broschüre **»Multimillionär Frey und seine DVU«**.

Lieferung findet nur gegen Vorkasse statt, Geld oder Schecks an nebenstehende Bestelladresse.

1 Exemplar 3.– DM plus Porto
ab 10 Exemplare 2,50 DM
plus einmalig 2.– DM Porto .

Das »Frey-Kommitee«
ist zu erreichen über:
Berliner Mieterverein e. V.
Spichernstraße 12
1000 Berlin 30
Telefon: 0 30/2 13 30 57

Autonome Info-Gruppe Kiel
Schweffelstraße 6, 2300 Kiel 1

»WattWurm«, Antifaschistisches Info aus Bremerhaven

Die Zeitung wird von Menschen aus Bremerhavener Antifa-Zusammenhängen gemacht, die es für wichtig halten der hiesigen, verlogenen Medienlandschaft etwas entgegen zusetzen. Damit die Zeitung regelmäßig erscheinen kann brauchen sie Mitarbeit in Form von Artikeln und jede Menge Abo's.

Abo 5 Ausgaben für 20.– DM
Föderabo 5 Ausgaben für 30.– DM
Austauschabos sind sehr erwünscht.

Für Infoläden gilt zur Zeit noch das gleiche.

WattWurm
c/o Der andere Buchladen,
Sonnenstraße 8
W-2850 Bremerhaven

Gegen das Vergessen – Freiheit für Gerhard Bögelein

In Kiel ist jetzt eine Begleitbroschüre zu der Veranstaltungsreihe anläßlich der Verurteilung des Antifaschisten Gerhard Bögelein zu lebenslänglicher Haft erschienen. Diese Veranstaltungen finden jeden Montag bis zum 23.11.92 um 20.00 Uhr in der »Pumpe« in Kiel, Haßstr. 22 statt. Die Broschüre ist eine Textsammlung über die antifaschistischen Erfahrungen und Kämpfe in den verschiedenen Zeiten. Auszüge aus dem Inhalt: zum Prozeß und seinen Hintergründen, Deutscher Widerstand im besetzten Europa, 1945 – Initiative von unten, »Entnazifizierung« – Persilscheine und Kreigsverbrecherprozesse, Autonome Antifa ab 1983, Deutschland auf dem Weg nach Rechts.

Außerdem erschienen ist eine Postkartenserie unter dem gleichen Titel. Sie umfaßt 16 Postkarten mit Motiven u.a. aus dem antifaschistischen Widerstand.

Die 116seitige Broschüre könnt Ihr gegen Vorkasse von 8.– DM und 2.– DM Porto

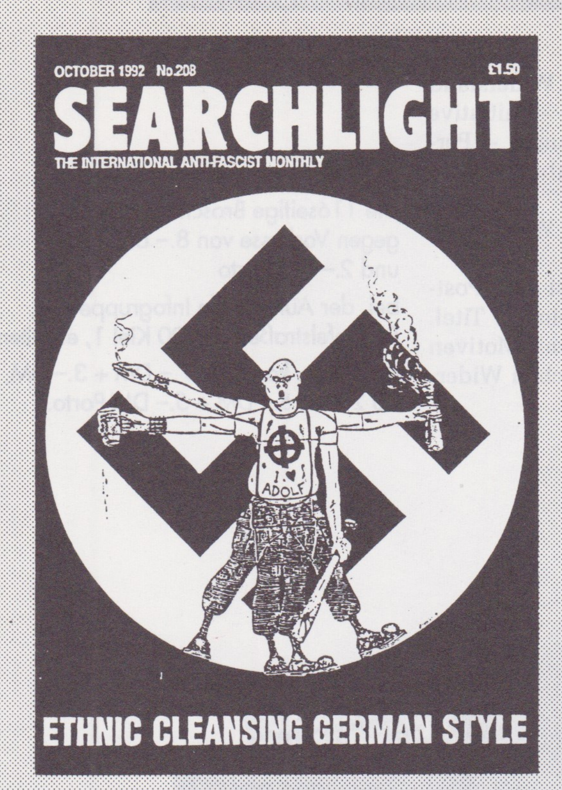
bei der Autonomen Infogruppe Kiel, Schwefelstraße 6, 2300 Kiel 1, erhalten.

Ab 10 Ex. kostet sie 7.– DM + 3.– DM, ab 20 Ex. 6.– DM + 5.– DM Porto.





Die Postkartenserie erhaltet Ihr gegen Vorkasse von 15.–DM.


OCTOBER 1992 No.208
£1.50
SEARCHLIGHT
THE INTERNATIONAL ANTI-FASCIST MONTHLY
ADOLF
ETHNIC CLEANSING GERMAN STYLE



LeserInnen schreiben an das Info

Dieser Leserbrief erreichte uns schon vor einer ganzen Weile, leider konnten wir Ihn aus Platzgründen in der letzten Ausgabe nicht veröffentlichen, wir holen das hiermit nach. Dank an den Schreiber.

Hallo Info-Blättler,

endlich schreibt Ihr mal was über die »Neue Rechte« (Info Nr. 18, d. Red.). Hier in Berlin beschäftigen sich die meisten Leute ja nur mit den Militanten, weil man sich mit diesen, ja doch eher dummen Nazis, besser prügeln kann. Dabei gibt es in Berlin genug neurechte Personen oder Gruppen. Also: Sehr gut, daß Ihr berichtet, und von der Tendenz ist der Artikel auch ganz gut. Inhaltlich habe ich allerdings ein paar andere Einschätzungen.

1. Zu Anfang stellt Ihr drei Strömungen dar. So überzeugen sie mich nicht. Meines Wissens gab es solidarische und nationalrevolutionäre Zirkel in der gesamten BRD-Zeit, sie entstanden nicht erst aus der NPD. Dafür sind nicht alle NPD-Aussteiger »Naros« geworden. Richtiger wäre es, die NPD-Aussteiger mehr in den Vordergrund zu stellen: Die Lehren aus den »Fehlern« der NPD zu ziehen, würde ich als Initialzündung für die Entstehung der »Neuen Rechten« in der BRD bezeichnen.

In diesem Abschnitt redet Ihr auch von den Fehlern des Hitler-Faschismus: Es geht ja wohl um das, was für sie die Fehler waren. Also solltet Ihr das in Anführungszeichen setzen.

2. Schweisfurth mag in der SPD seien, er ist aber auf jeden Fall ein Neurechter. Das solltet Ihr auch so sagen.

3. Die Einschätzung, JN und vor allem NF seien neurechte Gruppen, könnt Ihr kaum aufrecht erhalten. Bei der JN ist es wohl eher so, daß ihre Ex-Mitglieder in die NR gegangen sind. Daß sie jetzt so viel neurechte Ideologie übernehmen, steht für einen Wandel innerhalb der JN. Aber wie Ihr richtig schreibt, hat mittlerweile der größte Teil der Nazi-Szene neurechte Positionen entweder ganz oder zum Teil übernommen. Sicher auch die NF. Aber es gibt, soweit ich weiß, keine engeren Kontakte zwischen den Nationalrevolutionären Gruppen aus der NRAO und der NF. Die NF orientiert sich eher an den alten Strasseristen etc., die sich ja damals schon »Nationalrevolutionäre« nannten, hat aber mit Leuten wie Henning Eichberg nicht viel zu tun. Auch aus ihrer Entstehungsgeschichte läßt sich die NF nicht als NR-Gruppe bezeichnen. Ihr habt nicht genau abgegrenzt, was unter dem schwammigen Begriff NR zu verstehen ist, wahrscheinlich ist Euch deswegen dieser Fehler unterlaufen.

Rieger z.B. diese Ehre zu tun, geht mir zu weit. Klar hat eine Schlüsselfigur wie er auch gute Kontakt in die NR, aber was er produziert, ist ja eher altbackener Rassismus als das, was die NR machen. Außerdem ist Rieger zur NF übergetreten, und – soweit ich weiß - nicht Mitbegründer oder so, hat also den Weg der NF nicht wesentlich beeinflußt.

4. Ihr schildert —was wichtig ist – ausführlich die Strategie der NR, in die Linke einzubrechen. Aber darauf beschränken sie sich ja nicht, und in anderen Bereichen, z.B. bei der CDU, haben die NR Positionen ja an Boden gewonnen. Auch sonst haben ihre Thesen mitlerweile bewußt oder unbewußt viele Anhänger. Das fällt bei Euch in diesem Artikel hinten runter.

Noch zwei weitere Punkte: Die »Criticon« – Abbildung hält man auf den ersten Blick für eine Werbeanzeige.

Und seit Ihr sicher, das die Marschierer auf Seite XIII aus der NF sind? Fahnen und Uniformen sprechen eher für die Wiking-Jugend. Könnt Ihr ja mal nachprüfen. (Du hast recht, das war ein Hektik-Fehler und den haben wir schon in der letzten Ausgabe berichtigt)

Ich fänds gut, wenn Ihr diese Kritik, zumindestens teilweise, abdruckt, auch wenn Ihr Eure Einschätzung aufrecht erhaltet. Ist ja solidarisch gemeint, und Eure Leser können sich dann aussuchen, was sie richtig finden. Ansonsten wird Eure Zeitung immer besser. Weiter so.

Gruß, ein Antifaschist

Der folgende Augenzeugenbericht wurde uns zugeschickt.

Die Nacht vom 29. auf den 30. August, einige Stunden die Rostock aus seiner Isolation herauslösen und als Auslöser wirken lassen. In dieser Nacht finden in ganz Deutschland spontane und koordinierte Attacken gegen Flüchtlingsheime und einzelne AusländerInnen statt. Dies hat Pogrom-Charakter und ist keine Modeerscheinung, als was uns manche diese Gewalteskalation verkaufen wollen.

Ein Beispiel dafür ist Berlin. Auf der Prenzlauer Allee wurde ein 30 Jahre alter Nigerianer von einer Gruppe faschistoider Deutschen vor einem Cafe zusammengeschlagen. Der Ablauf verlief wie folgt:

Zuerst haben drei Schläger unter dem Beifall der Gäste des Cafe's, die dem Spektrum der Schläger zuzuordnen sind, den Nigerianer mit Faustschlägen eingedeckt. Nach wenigen Minuten verkündete der Wirt, daß er die Polizei verständigt hätte. Die Polizei ließ auf sich warten. Das Opfer wurde losgelassen und versuchte sich in Sicherheit zubringen. Die Angreifer, verstärkt von zwei anderen Gästen, setzten sofort nach. Dem Nigerianer wurde von dem zuschauenden Mob der Fluchtweg versperrt und er wurde erneut durch Schläge und Tritte gegen den Kopf und Körper mißhandelt. Durch das Eingreifen eines Motorradfahrers entkam der Nigerianer vorerst den tödlichen Tritten. Die Faschos teilten sich und griffen beide erneut an.

Während der zweiten Phase des Angriffes war die ganze Zeit ein Steifenwagen vor Ort, die Polizisten schauten zu ohne einzugreifen. Auch als ein Zeuge sie mehrmals aufforderte einzugreifen, reagierten die Polizisten nicht. Als die alarmierte Polizei erschien, ließen die Faschos von ihrem Opfern ab und mischten sich unter die zuschauenden Leute, die sich langsam zum Cafe zurückbewegten.

Die Polizisten konzentrierten sich auf das Opfer ohne sich jedoch für seinen Gesundheitszustand zu interessieren. Erst eine viertel Stunde später kontrollierten sie das Cafe. Nach fünf Minuten nahmen sie zwar zwei der Täter vorläufig fest, waren aber nicht gewillt, eine Zeugenaussage aufzunehmen mit dem Hinweis, daß sie genügend Material hätten und alle Personalien aufgenommen hätten. Dies ist ganz offensichtlich falsch, da sie dazu gar nicht die Zeit hatten. Der Augenzeuge hat jetzt eine Aussage bei der Polizei gemacht. Hierbei hatte er massive Schwierigkeiten den Rassismus, die Unterstützung der Gruppe durch Komplizen und die Inkompetenz der Polizei ins Protokoll aufnehmen zu lassen.

Es sind jetzt zwei Anzeigen erstattet worden, davon eine gegen die Polizei.



Vom 24.April bis 1.Mai 1945 fand im Raum Halbe bei Berlin die letzte große Kesselschlacht des 2.Weltkrieges statt. In dem Kessel kämpften 200.000 deutsche Soldaten einen aussichtslosen Kampf, den 60.000 mit dem Leben bezahlten.
Im Jahr 1951 errichtete der damalige Pfarrer von Halbe eine Gedenkstätte auf dem örtlichen Friedhof.
Die neofaschistischen Kräfte in der DDR nutzten diese Stätte als heimlichen Wallfahrtsort.
Seit dem Jahr 1990 hat die Pilgerei der Nazis nach Halbe neue Dimensionen angenommen.

BUNDESWEHR UND FASCHISTEN HAND IN HAND



Das Berliner Spektrum faschistischer Gruppen, organisierte in den Jahren 1990 und 1991 Aufmärsche in Halbe. Dort versammelten sich bis zu 1000 alte und neue Faschisten aus allen Ecken der BRD, sowie aus Belgien, Frankreich, Spanien und den Niederlanden.
Dies erhält eine zusätzliche Brisanz, da die Bundeswehr in beiden Jahren am gleichen Tag, am gleichen Ort, die gefallenen "Deutschen" der Halbe-Schlacht ehrt. Auch in diesem Jahr soll dies so sein.
Dies darf diesmal nicht geschehen.

Verhindert das faschistisch/militaristische Spektakel in Halbe bei Berlin

Kundgebung: So 15.11.92, um 11.00

Neue gemeinsame Abfahrtszeit für Berlin: 08.00 Uhr
Ort: S-Bahnhof Schöneweide (Pakplatz)